

Ersteinstklassig
nachmitt. mit Anschluss
der Sonn- u. Festtage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.60 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 5.50 Mk.
Zurück die Post bringen
L. O. Nr. 228. Halle a. S.

Die Neue Welt!
(Anzeigungsvertrag)
durch die Post nicht ab-
nehmbar, kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegraph-Adresse:
Vollständ. Halle a. S.



Infektionsgebühr
betragt für die in ge-
sellschaftlichen Räum-
en 90 Pfennig.
für auswärtige Anzeigen
30 Pfennig.
Im redaktionellen Bette
kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inferte
für die 1000 Zeilen
müssen 100 Pfennig die wö-
chentliche Zahl 10 Zeilen der
Expeditoren beigefügt
sein.

Erhalten in
den Postämtern.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Arbeiterpolitik.

Auf dem Nürnberg Parteitag haben die Wortführer der föderalen Budgetbewerber vor allem auf die Vorteile hingewiesen, die sie den im Dienste des Staats stehenden Arbeitern erlangen; zur Sicherung dieser Vorteile sei es dann notwendig gewesen, die Mittel zu beschaffen, aus denen sie bezahlt werden könnten. Sie haben nicht bemerkt, daß gerade durch die Verknüpfung mit der Budgetbewilligung ihre Arbeiterpolitik an Stelle eines sozialdemokratischen einen ganz anderen, einen bürgerlichen Charakter bekam.

Wir treiben Arbeiterpolitik, Klassenpolitik. Jede Klasse treibt Klassenpolitik, wenn sie es auch unter solche Ausdrücke wie Gemeinwohl und Prinzipienpolitik verpacken mag. Aber zwischen Klassenpolitik und Klassenpolitik ist zu unterscheiden. Jede Klasse kämpft für ihre unmittelbaren Interessen, in dem Sinne einer besseren Lebenshaltung, eines größeren Anteils an dem gesellschaftlichen Arbeitsertrag für ihre Mitglieder. Aber eine aufsteigende Klasse kämpft noch in einem anderen Sinne für ihre Klasseninteressen. Sie kämpft um die Herrschaft im Staate; sie kämpft für eine gesellschaftliche Umordnung, für eine neue Gesellschaftsordnung, die eine höhere Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht. Ihr Kampf ist ein revolutionärer Kampf. Und damit bekommt ihre Politik einen neuen und höheren Charakter. Aus dem Bewußtsein, daß ein völliger Umsturz der Verhältnisse notwendig ist, daß die alten Zustände unalterbar sind, daß die ganze Menschheit durch eine Revolution auf eine höhere Entwicklungsstufe gelangen wird, wächst eine Begeisterung, ein Idealismus und eine Eingabe empör, die eine beschränkte Interessenpolitik nie erzeugen könnte. An Stelle der Ergrüfung von Vorteilen werden oft die schwersten Opfer im Dienste des großen Zieles gebracht. So ist die Klassenpolitik einer aufsteigenden Klasse zugleich ein hinterhersehender Kampf für große Ideale, weil die materiellen Interessen dieser Klasse nicht nur einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Produkt fordern, sondern auch eine Revolution der bestehenden Gesellschaftsordnung erfordern.

Das galt früher für die Bourgeoisie, das gilt jetzt in noch höherem Maße für das Proletariat. Mit dem Unterschiede freilich, daß der Klassencharakter seiner revolutionären Politik früher dem Bürgertum nicht bewußt war, jetzt aber dem Proletariat sehr klar bewußt ist. Das Proletariat stellt seine Klassenpolitik der Klassenpolitik der Bourgeoisie gegenüber. Da das Proletariat die empowertende revolutionäre Klasse ist, zeigt sich immer klarer, daß seine Politik dem höchsten Idealismus erfüllt ist und in Wirklichkeit die höchsten Kulturinteressen der ganzen Menschheit verteidigt. Dagegen fand die bürgerliche Politik, die sich als Vertreterin des Gemeinwohls behauptet, bald, je einer Klassen- und Gruppenpolitik bezug. Für untergeordnete aufsteigende Klassen gibt es neben dem alle Gruppen einigenden Streben, ihre Herrschaft und Ausbeutung zu erhalten, nur dieses Ziel aller Politik: einen möglichst großen Teil des Mehrwerts auf Kosten der anderen Gruppen zu ergattern. Ihre Politik ist Interessenpolitik im niedrigsten Sinne des Wortes geworden.

Dieser Umsturz der bürgerlichen Politik ist die auf-

fallendste Erscheinung der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte. An Stelle der traditionellen Parteien, die die von ihnen vertretenen Interessen in der Gestalt allgemeiner Anschauungen und Prinzipien auf dem Gebiete der Staats- und Gesellschaftsordnung ausdrücken, treten offene Interessengruppen, die unverhüllt als ihr Ziel angeben, Sonderrechte für sich herauszuschlagen. Sonderrechte für die Bauern, Sonderrechte für die Detailhändler, Sonderrechte für die Beamten, für die Agrarier, für die Werke, für diese oder jene Gruppe von Industriellen! Die Politik wird zum Geschäft, zum Schacher, so viel für mich, so viel für dich. Man verhandelt sich, nicht um gleichartige politische Forderungen zur Erfüllung zu bringen, sondern um sich zusammen die Macht zur Erhaltung von Sonderrechten zu verschaffen. Daher heißt man heute auch Bündnisse zwischen Parteien, die man früher nicht eingegangen hätte, daß sie so zusammengehen könnten. Der früheren Form nach erscheint diese Politik als die Politik der Grundbesitzlosigkeit, der Prinzipienverleugung.

Wo das Bewußtsein des revolutionären Charakters des Arbeiterkampfes nicht klar und kräftig lebt, tritt nun leicht eine bürgerliche Arbeiterpolitik nach dem Wohl der modernen Politik der herrschenden Klassen hervor. Sie stellt sich als Ziel, Sonderrechte für die Arbeiter herauszuschlagen und für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter in ähnlicher Weise einzutreten, wie die bürgerlichen Politiker für die bürgerlichen Gruppen. Da die revolutionäre Sozialdemokratie auch für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse eintritt, bemerkt man in dem Tageskampf um Reformen meist keine großen Unterschiede, wenn auch der Geist, der diesen Kampf beherrscht, ein grundverschiedener ist. Die revolutionäre Arbeiterpolitik kämpft für Sozialreformen, weil sie das Proletariat kräftigen und der herrschenden Klasse abgerungene Machtpositionen darstellen; die bürgerliche Arbeiterpolitik kämpft dafür, weil man die Arbeitermassen dadurch zu sich heranzieht, daß man ihnen Vorteile erlangt. Die revolutionäre Arbeiterpolitik beansprucht die Stimmkraft der Arbeitermassen für sich, weil sie für das Proletariat energisch gegen die Unterdrückenden, ausbeutenden, regierenden Klassen kämpft; die bürgerliche Arbeiterpolitik, weil sie die unmittelbaren Interessen der Wähler zu vertreten hat. Die revolutionäre Arbeiterpolitik sieht in anderen, sogenannten Volksparteien die schlimmsten Feinde des Proletariats; die bürgerliche Arbeiterpolitik sieht in ihnen gefährliche Konkurrenten, Nebenbuhler um die Gunst der Massen. Im Kampfe für Reformen, für Aufhebung der Zensur der Staatsarbeiter, für Freiheit und Rechte, gegen die anderen Parteien stimmen die beiden Arten von Arbeiterpolitik überein. Aber dennoch trennt sie eine tiefe Kluft, die Kluft, die zwischen Budgetbewilligung und Budgetbewilligung liegt.

Vom Standpunkte der bürgerlichen Arbeiterpolitik ist die Budgetbewilligung die Krönung des Werkes der erregenden Verbesserungen; die Budgetverweigerung bleibt für die Fälle außer Betracht, wo Regierung oder Reichstag sich zu keinen Zugeständnissen bequemen wollten. Aber den revolutionären Charakter des proletarischen Kampfes nicht verliert und alle Politik in dem bürgerlichen Sinne, als Herausgeschlagen von Sonderrechten auftritt, wird gar nicht verstanden, weshalb man die

Gelder verweigert, nachdem man zuerst Vorteile erlangt hat. Die Budgetverweigerung gehört dagegen zu der revolutionären Arbeiterpolitik, die in jeder Verbesserung nur ein Mittel sieht, den Kampf für unsere großen Ziele um so besser zu führen, und daher vor allem dem Proletariat das Bewußtsein beibringen will, daß die herrschenden Klassen trotz aller Zugeständnisse die Feinde und die Ausbeuter bleiben, die völlig niederkämpft werden müssen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 28. September 1908.

Schwerhöriger Bericht.
Die Köln. Zeitung veröffentlicht einen Artikel eines national-liberalen Parlamentariers, in dem es heißt:

Bei der Staatsberatung vom 28. November 1907 hat der Redner der national-liberalen Fraktion erklärt, daß die Kontingenzierung der Matritalarbeitgeber unannehmbar sei bei Einführung einer direkten Reichsteuer, weil in diesem Falle bei einem Bedürfnis die Höhe der direkten Steuer, die eine bezugsfähige ist, ohne weiteres erhöht werden könnte. Da die von national-liberaler Seite vorgeschlagene Vermögenssteuer nicht angenommen wird, und die Nachsteuer ihrer eigenen Natur nach nicht beweglich gemacht werden kann, bleiben die Bedenten gegen die Kontingenzierung der Matritalarbeitgeber nach oben in vollem Umfange bestehen.

Aus diesen Ausführungen scheint hervorzugehen, daß die national-liberale Partei auf einen willkommnen Hinterrück der Regierung hin ihre angelegliche Forderung nach Einführung der Reichsvermögenssteuer schon wieder fallen gelassen hat, obwohl für diese Forderung, sobald sie nur von den National-liberalen ernstlich vertreten wird, eine höhere Weisheit in Reichstagskreisen vorhanden wäre. Auch die Meinung auf den zu erwartenden Widerstand der verbündeten Regierungen ist nicht bezweifelhaft. Dem abgesehen davon, daß der Reichstag ja ganz überflüssig wäre, wollte er immer noch Gesetze machen, die dem Bundesrat ohne weiteres genehm fließ, so würden auch die verbündeten Regierungen ihren Widerstand aufgeben, wenn ihnen für das Zugeständnis der Vermögenssteuer ein größerer Vorteil fonzertiert würde. Es ist recht schade, daß die national-liberale Partei den Degen so geschwind wieder eingestekt hat, noch ehe es überhaupt zum ersten Treffen gekommen war. Wäre Menschenkenntnis beinahe vermuten, daß in den Kreisen der national-liberalen Kapitalisten die Schminke nach Einführung einer Reichsvermögenssteuer eigentlich gar nicht so drinlich wäre, wie es nach dem sonst so patriotischen Geschn der Herrschaften den Anschein hat.

Sächsischer Wahlergebnis.
Vier Monate hat die Wahlrechtsreformfrage in Sachsen gerührt, nun soll das Gezerre wieder losgehen. Am 28. September tritt die Reichstagsdeputation wieder zusammen, um weiter zu kurieren. Irgehwelche Hoffnung, daß sie noch etwas fertig bringen werde, hegt niemand. Als die Wahlrechtsboten vor vier Monaten in die Sommerferien gingen, haben sie einem Kompromißorschlag für die Wahlrechts-

Die beiden Sträflinge.

Ausfallender Roman von Friedrich Gerstäcker.

Die Vorbereitungen, da es sich eigentlich nur um einen Wagnisritt in den Wäldern handelte, waren auch bald getroffen, und die Schar, die schon gerüstet hatte und weitere Lebensmittel für ein etwaiges Auslagen im Wäldchen über Mittag bei sich trug, erwartete schon ungeduldig das Erscheinen ihres Herrn und den Aufbruch.

Der kam endlich, von Mac Donald und seinen Söhnen begleitet, und diese, Galt und Will wenigstens, die beiden ältesten, trangen rasch nach ihren Pferden, um das Ausrücken durch ihre Schuld nicht aufzuhalten. Nur Ned, der Jüngste, schritt unbeweglich und mit ziemlich verdrießlichem Gesicht neben dem Vater her, da er von ihm den Befehl erhalten, das Juch nicht zu begleiten, sondern bei ihm, zum Schutz des Kindes und der Familie, zurückzubleiben. Ganz trauern durfte man den schwärzen, doch nicht mehr.

„Und haben Sie den Seuten getagt, wie ich wünsche, daß das Ganze betrieben werden soll, Mr. Vale?“ fragte der alte Herr mit freundlicher Miene seinen obersten Stodkeeper. Sie mußten bejodens darauf achten, daß keine Unordnung vorfällt.“

„Alles bejodet, Sir,“ antwortete der Vorhüter-Mann — „wir wollen den schwärzen, und außerdem eine kleine Kellion geben, daß sie beim Nimm nicht zum zweitemal daran denken sollen, eine weiße Dame — und noch dazu Wils Sarah, zu belästigen.“

„Ich fürchte, daß Sie mich mißverstanden haben, Mr. Vale,“ sagte aber Mr. Rowell mit erster Miene. „Ich verachte Ihnen ausdrücklich jede Gewandtheit gegen diese unglücklichen Menschen, und Sie haben nie Ihren Waffen nur im äußersten Notfall — nur zur Selbstverteidigung Gebrauch zu machen.“

„Selbstverteidigung?“ fragte der Stodkeeper erstaunt.

„Allerdings, nur zur Selbstverteidigung,“ lautete die bestimmte und entscheidende Antwort. „Ich will nicht die Schuld tragen, daß durch zu große Strenge und vieldeutige Ueberrumpfung der losgelassenen Arbeiter unruhig und verregnet und dadurch der Grund der Eingeborenen noch mehr gewetzt und sie zur Flucht an vielfältig Unschlügen getrieben werden. Die

meisten auf den Stationen verübten Mord schreiben sich aus einer solchen Ursache her; wir tun ihnen durch die gewalttame Bestrafung ihrer Jagdgründe schon Schaden genug, und wollen nicht noch den Tod in ihre Weihen werfen. Was ein paar übermüdete Wunden von ihnen getrennt gefewet, verdient allerdings eine Zurückweisung. Wir müssen ihnen beweisen, daß wir die Mittel und Kräfte haben, sie zu fassen, und daß es uns nur noch an dem Willen fehle. Deshalb habe ich diesen Zug auch angeordnet. Sie sind leicht einsehbar, und werden es sich dann für die Zukunft eine Warnung sein lassen. Sie haben mich doch vollkommen verstanden, Mr. Vale?“

„Vollkommen, Sir,“ erwiderte der Stodkeeper mürrisch. „Ich möchte Ihnen aber zu bedenken geben, daß wir sie durch zu große Nachsicht eher übermüdet machen als einschüchtern.“

„Richtig, Sie das nicht — und noch eins. Daß mir niemand von den Leuten — wie die Burden das so gern tun, wenn sie einmal ein geladenes Gewehr in die Hände bekommen — seine Pläne in die Luft abschießt. Das erst macht die Schwärzen dreist, denn sie glauben gewöhnlich, man hat auf sie geschossen und gefehlt. Nur im alleräußersten Notfall und so wenig als möglich darf geschossen werden, denn aber auch so, daß der Schuß sicher trifft und womöglich tödlich ist. Sie sehen, ich bin nicht, wie Sie zu glauben scheinen, nur für halbe Maßregeln, allein, ich will kein unnützes Blut vergießen haben. Was meinen Sie, Mac Donald, sollten wir wohl einen von den Burden das drücken, die dort so faul um ihre Zogereger herumliegen, bewegen können, den Trupp zu führen?“

„Ich glaube kaum,“ sagte dieser — „übrigens können wir den Versuch machen. Wenn gegen ein ist jedoch zu werten, daß die beiden Trupps näher miteinander befreundet sind, als sie eben heute eingeleichen mögen, und wenn wirklich einer mitzingeht, bleibt es immer die Frage, ob er die Leute gerade dahin führt, wohin sie gehen wollen.“

„Wir können es wenigstens versuchen,“ sagte Mr. Rowell. — „Sie sprechen ja Ihre Sprache vollkommen, und der, welcher in letzter Nacht im Wäldchen fortwanderte und Sie richtig führte, übernahm auch heute die Leitung.“

Er schritt, und während er sprach, dem Lager der Schwärzen, von Mac Donald begleitet, zu, und ließ Mr. Vale in einer nicht weniger als freundlichen und zufriedenen Stimmung zurück.

„Ja ja, was mir den Budel und mach mich nicht nah —

immer wieder die alte Geschichte,“ brummte dieser mürrisch vor sich hin. — „Sagen hinter den Ranken her, nur um ihnen „guten Morgen“ zu sagen und dann wieder umzukehren.“

„Lassen Sie uns nur erst draußen sein, Mr. Vale,“ sagte da Georg, der eben mit dem Pferd zurückgekommen war und die halblaut gebrummenen Worte verstanden hatte. „Vater ist immer zu ängstlich in der Hinsicht, und einen Dutzend gehen wir ihnen doch. Sie sollen Sarah nicht umsonst so geängstigt haben.“

„Ja, und nachher Krieg‘ ich’s,“ sagte der Stodkeeper — „mit dem Allen ist in der Hinsicht nicht zu spaßen.“

„Ach was, Ernst müssen wir ihnen zeigen,“ rief der junge Mann, dem es in den Gliedern zuckte, seine Kraft an den Schwärzen zu erproben; hielt er sie doch, wie lieber die meisten der im Wäldchen aufgewachsenen Europäer, für wenig besser als die wilden Hunde ihrer Mallesidichte, und würde sich wenig mehr Gewissen daraus gemacht haben, einen von ihnen niederkzuschießen, wie eben auch einen solchen Dingo.“

Die beiden Männer hatten indessen das Lager der Schwärzen erreicht, die sie aber trotz der ganz in ihrer Nachbarschaft betriebenen kriegerischen Vorbereitungen in voller Ruhe und behaglicher Sicherheit fanden. Ihr Frühstücksaß, an dem sie das letzte der gestern erhaltenen drei Gemälde auch bis auf die kleinsten Ueberreste verzehrt, war beendet, und die Frauen lauerten gebildet aufstehend neben den Feuer, während die Männer lang ausgestreckt auf dem Boden lagen, dem Wäldchen Raum zu einer besseren Verbauung zu gönnen. Nur die Stunde arbeiteten noch mit wilder Eifer an den Knoden herum, die ihnen von ihren Herren zugeworfen worden, den einen benagend, während sie zu gleicher Zeit auf zwei andere die Wäldchen hielten, damit ihnen kein anderer die kostbare und seltene Beute nehmen möge.

Nur ein einzelner Eingeborener hatte sich vom Lager abgesehen, und zwar Naguulom, dessen Bindenschild heute eine fünfzig aber ledig Schritt weiter davon entfernt auf einem kleinen spitzen und isolierten Sandhügel stand. Er unterhielt dort auch ein tüchtiges Feuer und schien allein noch von allen übrigen Lebensmitteln übrig behalten zu haben, mit deren Zubereitung er indes auf eigene Art verständigste. Bald beachte er ein großes Stück Rinde über die Knoden, um auf kurze Zeit das Feuer zu dämpfen, bald ließ er wieder die Luft hinzugehen, daß die dicke Qualm emporstieg, bis die Flamme aufs neue hervor-

155

reform zurückzuführen, der von den Nationalliberalen und Konservativen im tiefsten Dunkel einer Geheimkommission ausgeblendet worden ist. Das aber ist eine ebenso jämmerliche wie reaktionäre Mißgriffen. Doch wird sie die Grundlage der weiteren Verhandlungen sein. Denn, um sie wird sich das gesamte Wahlrechtsgesetz in Zukunft drehen. Die Regierungslage, die die Abgeordneten zur Hälfte durch ein dreizehntägiges Nuzualmacht mit Verhältnisystem nicht lassen wollte, muß als erledigt angesehen werden, weil niemand etwas von ihr wissen will.

Wie aber sieht das Kompromiß aus? Vorausgesetzt muß da werden, daß ein Wahlgesetz auf dieser Grundlage zu einer neuen schlichten Wahlrechtsordnung des arbeitenden Volkes führen müßte. Jeder Vorschlag scheint besonders darauf hin zu zielen zu sein, eine möglichst weitestgehende Reichsbürgerschaft der Arbeiterklasse herbeizuführen. Da findet sich in erster Linie die Bestimmung, daß eine Voraussetzung der Stimmberechtigung der zwölfjährige Wohnort am Orte der Einnahmestellung sein soll. Dadurch werden schon Tausende von Arbeitern um ihr Recht gebracht. Weit schlimmer aber ist noch das Pluralstimmrecht, worauf das Kompromiß hinausläuft. Danach soll ein Wähler je nach Alter, Besitz und Bildung bis zu drei Zusatzstimmen bekommen, außerdem also vier Stimmen erhalten.

In erster Linie soll die Unfähigkeit, also der Grundbesitz mit einer Zusatzstimme beachtet werden, aber nur der Wähler erfreut sich dieses Glüdes, der 75 Steuern einheiten auf seiner Wohnung hat. Dadurch werden die Eigentümer kleiner Anwesen, vor allem die anständigen Arbeiter der Zusatzstimme beraubt. Das ist dabei ja auch die Absicht gewesen. Denn man kann die hundertste Wohnung (50 oder 45 Jahre) ebenfalls eine Zusatzstimme bekommen, weil man sich bei der Erziehung leisten lassen, daß nur wenig Arbeiter die Altersstimme zu erreichen werden, weil die meisten früher sterben. Eine Zusatzstimme soll der Selbständigkeit verliehen werden, und zwar soll das Vermögen jeder Wähler haben, der im Gewerbebetriebe dauernd zwei Geschäfte beschäftigt. Die eigentlichen Kleinmeister, bei denen man wohlwollend sozialistische Bemessung vermutet, sollen also davon ausgeschlossen sein. Dagegen sollen Staats- und Gemeindebeamte die Selbständigkeitsstimmen erhalten, sobald sie mehr als 1800 Mk. Einkommen haben. Diesen Vorzug haben diese Leute wohl der Erwägung zu danken, daß sie Abhängigkeitsbemaßung zu vermeiden, einem Nationalliberalen oder Konservativen die Stimme zu geben. Schließlich soll noch eine Zusatzstimme erhalten, wer mehr als 2200 Mk. Einkommen im Jahre bezieht. Die Einkommensgrenze ist auch so festgelegt, daß kein Arbeiter diese Zusatzstimme verlangen kann.

Mit allen Kaufstimmten hat man das Kompromiß so ausgeglichen, daß die Arbeiter in der Regel nur eine, die Besessenen aber drei und vier Stimmen haben werden. Man hat von den konservativen Hauptmachern geltend gemachten Grundsatze genau befolgt, das Pluralstimmrecht zu mildern zu beabsichtigt werden, daß nur den „nationalen“ Parteien die Zusatzstimmen zugute kämen. So ist dieses Kompromiß eine Ausgeburt feindlicher Bosheit und engstirnigster Parteigeizismus.

Freilich, ob auf Grund dieses Zerwürfs ein Wahlgesetz zustande kommt, ist noch sehr fraglich. Eine böse Klippe bildet da noch die Wahlkreiseinteilung. Ohne eine Reineinteilung wollen die Nationalliberalen überhaupt nicht mitmachen, während die Konservativen mit dem jetzigen Zustande wohl zufrieden wären. Die Regierung hat es aber abgesehen, eine neue Wahlkreiseinteilung zu schaffen, doch hat dies der Geheimrat Heinz auf seine Hand verlegt. Er soll damit auch fertig sein, ob er aber die in diesem Punkte stark von Sonderinteressen geleiteten Nationalliberalen und Konservativen beizubringen und gleichzeitig etwas Annehmliches für die Regierung geschaffen hat, ist noch sehr zweifelhaft.

Schließlich kommt es auch noch auf die Stellungnahme der Regierung zu dem Kompromiß an. Diese hat aber bisher erklärt, sie halte noch an ihrem Entwurfe fest. Doch hat der Graf Hohenhausen auch bereits durchblicken lassen, daß er unter gewissen Voraussetzungen auch zu einem Umfalle bereit sei. Nach seiner bisherigen Haltung kann es aber in letzterem Falle für den Minister des Innern, den Grafen Hohenhausen, nur den Abgang geben.

Die Auskünfte für die sächsische Wahlrechtsreform sind, wie man sieht, noch ungenügend und dunkel. Sicher aber ist, daß die Arbeiterklasse Sachens das jämmerliche Kompromiß mit Entschiedenheit ablehnt und alles an eine Erroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts setzen wird.

Die Wirkung des Handwerkergesetzes.

Wie die R. N. Zeitung mittelt, hat der Vorstand des Verbandes deutscher Gewerbevereine zu Darmstadt schon eine Anzahl Davidschen kauft er an seinem köstlichen Fleisch und schenkt ihm den übrigen Stamm gar nicht weiter mehr zu schenken.

„Sieht es nicht aus,“ jagte Mr. Bonell, der stehen gelassen war und lachend nach dem Krüppel hindructe, „als ob der schwarze Würfel da bis an die Hüften im Sand wackele und sich nur deshalb so schwermütig umherbewege? Es ist doch ein armseliges, unglückseliges Ding, wenn ihm sein Stamm bezieht, dem Hungertode preisgegeben.“

„Ich weiß doch nicht,“ erwiderte Mr. Donald, der sich die wunderbar betrüppelte Gestalt kopfschüttelnd betrachtete, „ich halte den Krüppel keineswegs für so ganz harmlos, und die Wucherung, die er an einer Schwärze um den Hals trägt, beweist auch wohl ziemlich deutlich, daß er die Welt um immerhin umfänglich ist recht gut zu führen. Ich bin auch sehr überzeugt, der schwarze Würfel selber und geschickter an irgend ein Hängeweib heran, als irgend ein anderer junger und gesunder Würfel seines Stammes, und auf was er einmal die Würfelmarke richtet, das ist ihm sicher verfallen. Mit welcher fabelhaften Geschicklichkeit schneidet er zum Beispiel durch den Spindel, die ihm in die Höhe kommen, Knoden und Stüden durch, er sieht immer ein anderer Schatz aber, ein bildschöner, weißhaariger Würfel, der fast so viele Augen im Gesicht wie eingedämmte Hautrisse auf Schultern und Hüften trug, nahm die Antwort für den Angeordneten, und zwar nicht in ihrer Sprache, sondern in einer schauerhaften Englisch auf.“

Schwärze stammte zu brauchen,“ war etwa der Sinn seiner Rede. „Weiß Würfelchen — nehmen die Butter und können zaubern — machen den Regen und Wind und trocknen die Wästelchen aus. — Weiße Männer haben ihnen selber Fleisch gegeben — gut — tausend gut — sie sind aber auch ehrliche Schwärze — heißen kein Pferd und kein Schaf und leben mit Schwärze in Frieden. Ich bin mit auskommen die schwarzen Männer in der Nacht, lauten ihnen die Futter aus, machen sie blind und heeren Weiber und Kinder.“

Auch Naturer schien nicht geneigt, der Aufforderung Folge zu leisten, und lehnte sich wieder zurück, (sobald die Hände unter den Kopf und schloß die Augen. (Fortf. folgt.)

Arbeit herausgegeben, die eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Erhebungen bei den Innungen, Gewerbe- und Handwerkervereinen, Fachvereinigungen, usw. bilden. Die Veröffentlichung lehnt sich an die vom Reichstatistikamt in diesem Jahre herausgegebenen Ergebnisse an unter Erörterung durch die vom Verband der Gewerbevereine im Einvernehmen mit dem Reichsamt des Innern und den Bundesregierungen veranstalteten Erhebungen bei den Gewerbe- und Handwerkervereinen, und umfaßt namentlich sämtliche Ergebnisse mit besonderer Berücksichtigung der Hilfspersonen, des Beschlages- und Schulwesens, der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögens, ferner der Fonds und Stiftungen und der gemeinsamen Geschäftsbetriebe. . . . Die Zahl der Handwerkerverbände, wie sie die Reichstatistik mit 11 811 Innungen zusammengestellt hat, wird mit 1415 Vereinen allerdings nur um 12% Proz. vermehrt, was aber in der Mitgliederzahl 29 Proz. Ausmachung und in der Vermehrung der Stellenzahl und der der gewählten Stellen 19 Proz. bis 21 Proz. beträgt. Dagegen geht die Zahl der Schulen infolge der Einbeziehung der Gewerbevereine um 45 Proz. in die Höhe, die Zahl der Schüler vermehrt sich um 97 Proz. und die Zahl der Lehrer um 75 Proz. Erheblich größer sind die Untererhebungen der Schulen; diese erhöht sich um 624 Proz. aus eigenen Vereinsmitteln und um 201 Proz. aus Mitteln, die von anderen Körperschaften den Vereinen zufließen. Die Befehlsentnahmen der Innungen und Vereine steigern sich durch den Zutritt der letzteren um 54 Proz. Die Ausgaben um 72 Proz. und die Ausgaben für besondere Veranstaltungen, wie Messen, Ausstellungen, Bibliotheken, Sammlungen, Ausstellungen und Fortbildungsbüros, um 36 Proz. Die Schulbeiträge erhöhen sich das Vermögen um 40 Proz. durch die Gemeinnützigkeit bis auf 770 000 Mk. hinzuzukommen zu dem 11 800 000 Mark betragenden Innungsvermögen. In gleicher Weise, um 40 Proz. steigern sich auch die Beträge der besonderen Fonds und Stiftungen. — Obgleich es den wenigsten, hier mitgeteilten Zahlen erhellt, daß der Schwerpunkt der Betätigung der freien Vereine in erster Linie auf dem Gebiete der gewerblichen Bildungsfragen liegt, so muß andererseits um so mehr betont werden, wie lächerlich gering das Gebotene den wirklichen Bedürfnissen gegenüber ist. Die Einführung des „Arbeitsbuchs“ und des „Befähigungsnachweises“ steht den Innungsleitern turndurch über dem gewerblichen Bildungswesen. Die Ergebnisse dieser privaten Erhebungen ergänzen das Bild über die Wirkungen des Handwerkergesetzes und zeigen, wie notwendig eine Minderkung in der Berufs- wie auch der Arbeiterorganisationen wäre. Eine Förderung, wie sie bei Aufstellung der amtlichen Statistik und ähnlichen Anlässen die freien Gewerkschaften immer wieder aufstellen. — Von weitem Interesse in der vorliegenden Arbeit ist auch die Darstellung der Organisationsformen, deren sich das deutsche Handwerk bedient hat. Wenn man Nord- und Süddeutschland gegenüberstellt, so ergeben sich durchschnittlich auf je 10 000 Einwohner im Norden 97,8 Innungsmitglieder, und 11,8 Vereinsmitglieder und umgekehrt im Süden 29,9 Innungs- und 65,2 Vereinsmitglieder.

Die Innungsinnungen haben ja bekanntlich in Süddeutschland, außer Württemberg, eine viel größere Verbreitung als im Norden, wobei jedoch besonders zu berücksichtigen ist, daß in Bayern 11 Proz. und in Hessen nur gar 7 Proz. der Handwerker in Innungen organisiert sind.

Schadow demittiert. Schadow demittiert Schadow demittiert die Meinung, daß es in einer Absicht liege, einen öffentlichen Vortrag über die Reichsfinanzreform zu halten. Darnach wäre dieses Thema ebenfalls nicht.

Eine unglückliche Meldung. Nach Mitteilungen, die angeblich von amtlich-informierten Stelle der Militärpolitischen Reichsbehörde gemacht wurden, soll das Reichsamt an der Einnahmestellung der Heeresverwaltung für 1909/10 große Absicht vorzunehmen beabsichtigen. Ueber 50 Proz. der Beförderungen, die General von Einem Reichsamt eingedruckt haben, sollen durch die Räte des Reichsstatistikamtes gestrichen sein, da sonst eine Valenzierung des Reichsstatistikamtes unmöglich sein würde.

Man darf diese Nachricht, die sehr nach Stimmungsmache zugunsten Schadows ausklingt, mit allergrößter Vorsicht aufnehmen.

Rechtsbeamten- und Automobilspflicht. Die Geheimentwürfe über die Automobilspflicht und die Halbpflicht des Reiches für Verletzungen der Reichsbeamten sollen dem Reichstages unmittelbar nach seiner Wiedereröffnung zugehen. Der letztgenannte Entwurf, der dem preussischen mit einigen Abweichungen nachgebildet ist, unterliegt zurzeit noch der Beratung des Staatsministeriums. Für den kommenden Sessionsabschnitt darf der Reichstag auch mit Bestimmtheit auf den längst verprochenen Entwurf, betr. den Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit, rechnen.

Sonntagsruhe im Handwerksber. Obgleich wird geschrieben: „In der Presse ist mehrfach die Mitteilung verbreitet worden, daß ein Gesetzentwurf, betreffend Milderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe im Handwerksber., zurückgezogen sei oder zurückgezogen werden solle. Wie aus den Erklärungen des Staatssekretärs des Innern in der Sitzung des Reichstages vom 23. März d. J. hervorgeht, liegt ein endgültiger Gesetzentwurf überhaupt noch nicht vor. Es sind vielmehr Verhandlungen der beteiligten Regierungen über die Möglichkeit einer günstigeren Gestaltung der Sonntagsruhe im Handwerksber. in Gespräch, welche nicht vollständig abgeschlossen sind. Erst wenn dies der Fall ist, wird der Frage, in welchem Umfang eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit möglich ist, nähergetreten werden können.“

Nationalliberalen gegen den Heimarbeiterentwurf. Die Nationalliberalen im sächsischen Wahlkreis Annaberg, den der Syndikus eines sächsischen Scherimacherverbandes, Dr. Streemann, im Reichstag vertritt, werden dem Reichstag eine Petition gegen den heimatlichen Schutz der Heimarbeiter eingeben lassen. Den Heimarbeitern wird von den Nationalliberalen vorgelagert, daß ihre Erfindung vernichtet würde, wenn der geplante Schutz gesetzlich festgelegt wird. In Wirklichkeit haben die nationalliberalen Unternehmer, die die unerschöpflichste Ausbeutung betreiben, ein erhebliches Interesse daran, daß an den jämmerlichen Zuständen in den hausindustriellen Betrieben des sächsischen Erzgebirges nichts geändert wird, sonst kommt ihr Profit in Gefahr.

Unter dem Reichsverordnungs. In Norburg auf der Insel Anhalt hatte ein Landmann Namens V. Grau eine Anzahl im freibewandert und bekannter Reute zu einer privaten Zusammenkunft nach dem dänischen Verfallungsbause in Norburg eingeladen. Fast alle Geladenen erschienen. Am Eingange wurde scharf kontrolliert, daß nur mit Einladungsnotizen Versehene Eintritt erhielten. Im Anfang wurde ein Lied gesungen. Als dasselbe verklungen war, erhob der preussische Amtsvorsteher in der Rede die Rede des Polizeibehörden und verlangte, den Verfallerhaft zu sprechen. Als beide zusammen sprachen, begannen die Versammelten einen zweiten Gesang. Keum war damit begonnen, als der Amtsvorsteher wortlos und die Versammlung im Namen des Gelebes aufhob. Es blieb den Teilnehmern nichts anderes

übrig, als sich zu entfernen. Der Saal, in dem die Angebereits geholt waren, konnte nicht verlassen werden. Der Amtsvorsteher — Herr Grau — forderte gemäß dem Vereinsgesetz eine schriftliche Begründung vom Amtsvorsteher bezüglich der Aufhebung.

Auf diese Weise wird das Reichsbürgerschaftsrecht von preussischen Behörden in Nordhessen gegen die ungewissen Dänen ausgelegt.

Die Reform der Berufsberatungsgesetzgebung. Die beiden medienbrüderlichen Regierungen haben, wie die Vossische Ztg. berichtet, die von der Ritterchaft beschlossene Gehaltsaufhebung der ritterchaftlichen Lehrer aufgegeben; die Erhöhung des Grundgehaltes von 800 auf 1000 Mk. und Vermehrung der fünf Alterszulagen von je 100 Mk. um eine, also auf je 200 Mk. Gehalt mehr bekäme als bisher, wäre in einem biden Irrtum gelegen. Die Sache macht man ganz anders! Die Wohnung, die solange 100 Mk. bemietet worden war, ist vom 1. Oktober ab um 50 Mk. gesteigert, ohne daß die Ritter verpflichtet sind, sie etwa in einen angemessenen Zustand zu bringen und in solchem zu erhalten. Für die Durchföhrung einer Auf für den Lehrer durfte der Ritter bisher sich 90 Mk. anrechnen in Zukunft 125 Mk. Im 15. wird der Garten höher eingeschätzt, und so sind wenigstens 100 Mk. von der beschlossenen Erhöhung da, ohne daß das ritterchaftliche Bortemonaie auch nur einen Pfennig bezuggeben brauchte. — Kann man sich eine stärkere Verhöhung der Lehrer und Umgebung der Gelehrten vorstellen? Der Invertretenheit der scheidungsfähigen Dekanate ihren Einfluss auch im Lande der Schenkung zur Geltung zu bringen vermögen. Dieser bequeme Weg junckerlicher Gröhmüt wird erst dann unmöglich, zu verhindern ist freilich, daß die Naturalleistungen nicht um noch 100 Mk. höher bewertet werden, denn dadurch wäre die Gehaltsaufhebung doch eine noch viel erheblicher geworden.

Große Arbeitslosigkeit in Dresden. Die sozialdemokratischen Stadverordneten in Dresden brachten in der letzten Stadterordnetenversammlung folgende Interpellation ein: „Was geht der Rat zu tun, um die bereits vorhandene Beschäftigungslosigkeit eines großen Teiles der wertfähigen Bevölkerung Dresdens zu mildern, und ist es dem Rate möglich, durch geeignete Maßnahmen ein weiteres Ueberhandnehmen der Arbeitslosigkeit zu verhüten? Arbeitersekretär Adolf Schübner in der Begründung die große Arbeitslosigkeit. Im Juli habe sie nach Auskunft aller Dresdener Arbeitsnachweise schon 10 764, die Zahl der offenen Stellen nur 5899 betragen. Es ist nicht der Stadterwaltung, für Arbeitslosigkeit zu sorgen.“

Der Rat erklärte, daß zu vier Millionen Mark zur Verfügung ständen für städtische Bauten. Er sei gegen Kostlosarbeiten, die sich auch bei den Arbeitern keiner Sympathie erfreuten, und mit denen eine andere große Stadt fast gemacht hätte. Er würde der Frage der Arbeitslosigkeit keine Aufmerksamkeit widmen. Oberbürgermeister Deuster wandte sich gegen Definition neuer Baugesetze (Straßen) und fand damit natürlich den Beifall der Grundbesitzer.

Italiener bauen ein Armenhaus für deutsche Proletarier. Im Kreis Diefenbrosen wird ein Bezirks-Armenhaus mit 3½ Millionen Mark Kosten gebaut. Die Arbeiter werden ausschließlich von Italienern ausgeführt. Auch bei den Staatsbetrieben in Wies sind 80 Prozent Italiener beschäftigt. Gegen die Beschäftigung italienischer ausländischer Arbeiter würde es sich nicht einzumenden sein — obwohl es deutsche Arbeiter in Masse gibt — wenn diese Italiener nicht von den Unternehmern als Lohnrücker benutzt würden. Sie dürfen nur arbeiten, wenn sie sich unter dem Tarif, der mit den deutschen Arbeitern vereinbart wurde, entlohnen lassen. Die deutschen Arbeiter, die infolge dieser Profitpolitik der nationalen Unternehmer arbeitslos werden und die Landstrassen bevölkern, können dann auf Veranlassung der deutschen Polizeibehörde das Armen- oder Arbeitshaus beziehen. So sieht der Schatz der nationalen Arbeit in Deutschland aus.

Die Raution des Fürsten Guleuburg. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Freilassung des Fürsten Guleuburg Beschwerde zum Kammergericht erhoben. Dieses hat die Freilassung unter der Bedingung bestätigt, daß eine Kaution von 100 000 Mark gestellt wird.

Dienstliche Agitation für die Kriegervereine. Dem Berliner Tageblatt liegt der dienstliche Befehl eines Bezirkskommandos an die diesem unterstellten Offiziere vor, in der deren zu einer Ausrückung darüber aufgefordert werden, ob und welchem Kriegervereine sie angehören, und im vereinbarten Fall, wiederum dienstlich, erludt werden, einen solchen Verein baldigst beizutreten. Damit überschreitet das Bezirkskommando seine Befugnisse, denn ob ein Offizier des Heereslaubentausden einem Kriegerverein angehört oder nicht, das ist eine dienstliche, sondern eine rein private Angelegenheit. Es ist aber eine stehende Klage der Kriegervereine, daß ihnen Offiziere nur in sehr vereinzelten Fällen beizutreten, und diesem Mangel soll nun offenbar durch dienstlichen Druck abgeholfen werden. Nicht genug, daß die Kameren zu Verdankstellen für die vorkommenden Kriegervereine gemacht werden, die Bezirkskommandos wollen sich nun offenbar auf diesem Gebiete betätigen.

Ein Soldatenführer. Wegen Soldatenmishandlungen in 31 Fällen wurde der Gefreite der Reserve, Stadtmann, vom Landwehrregiment Salowitz, durch das Kriegsgericht der 12. Division zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon sechs Wochen als durch die ersten Untererhebungsfrist wird befristet erachtet werden. Das Oport Stadtmann, der Gefreite, vom Stand, war nach der Mishandlung als dienftunbrauchbar anzuweisen, weil sich bei ihm epileptische Krämpfe eingestellt hatten.

Hausland.

Frankreich. Der marokkanische Konflikt. Man schreibt uns aus Paris: Der Streit um und mit Marokko, der sich nun schon seit mehr als drei Jahren hinzieht, scheint sich endlich einem Ende zuzuneigen. Freilich muß man sich nach Lage der Sache auf plöbliche Ueberberrassungen gefaßt machen, und von heute auf morgen werden die Akten über die Marokkoaffäre nicht geschlossen werden können; immerhin glauben wir annehmen zu können, daß der marokkanische Konflikt sich einem friedlichen Ende nähert. Wir wollen kurz anführen, was uns zu dieser Annahme veranlaßt. Den eigentlichen Kernpunkt vom Eingetret der Mächte, um in besondern Frankreichs, liefert die Regierung Abdul Aziz, und schon deshalb begreift es sich, warum die französischen Imperialisten

Wohl mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen. Seine Unfähigkeit ist es anzuerkennen, daß die verschiedenen Stämme sich immer mehr isolieren, einander ausschließen, daß die europäischen Sozialisten ungeachtet ihrer Bestrebungen, sich zu vereinigen, sich nie als ein Volk gefühlt haben. Dem ist es auch anzuerkennen, daß die Welt sich verändert. Der neue Osten ist nach dem Zeugnis aller Europäer, die mit ihm persönlich in Verbindung gekommen sind, ein Mann von großer Intelligenz und Geschicklichkeit. Die Laten besitzen das. Er hat, selbst auf die Gefahr hin, sein Ansehen bei den Marokkanern zu verlieren, jeden Kampf mit den französischen Truppen verurteilt, obwohl es in seiner Hand gelegen hätte, das französische Expeditionskorps von Cabalanza zu vernichten. Er sah eben über den augenblicklichen Erfolg hinaus. Seine erste Sorge nach der einmütigen Proklamierung zum Sultan war und ist die Herstellung der nationalen Einheit Marokkos. Er hat alle Kräfte der Stämme, die ihn anerkennen, um sich vereinigen, um ihre Meinungen über die Situation kennen zu lernen und so das Interesse der Stämme mit seinem zu verknüpfen. Andererseits geht er energisch gegen den Drogge vor, einen Präventiven, der sich im gebirgigen Westen eine Einflußsphäre gesichert hat. Mit dieser inneren Reorganisation fällt jeder Vorwand zur äußeren Einmischung wegen der herrschenden 'Anarchie'. Wo aber eine solche Einmischung fehlt, fehlt auch die Gelegenheit, die Hand auf Marokko zu legen und so den Vortritt dieser Mächte hervorzuheben, die ihr Ziel verfolgen. Wie die Dinge liegen, halten sich die verschiedenen Vertragsmächte gegenseitig die Waage. Die Rivalität der europäischen Mächte ist eine Büchse für die Unabhängigkeit Marokkos.

Meist die Situation der französischen Expedition. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf 300, vielleicht schon 350 Millionen. Mit den offiziell abgeschlossenen Schulden Marokkos wäre diese Kriegskosten eine unerträgliche Last geworden. Nun besteht jedoch die französische offizielle Bilanz offensichtlich von 150 Millionen Ausgaben für die Expedition. — Wie diese Berechnung aussieht, weiß dabei außer Betracht gelassen wurde, entspricht sich untereinander. Man wird aber zugeben, daß die Differenz erheblich ist. Man nehme an, daß man auch hier noch etwas nachlassen wird und somit einem friedlichen Vergleich nichts im Wege steht.

England. Arbeitslosen-Demonstration. Aus Manchester wird gemeldet, 2000 Arbeitslose drohten am Freitag das Rathaus anzugreifen, in dem gerade ein Zirkelplang stattfand. Die Polizei ist ein und zerstreute die Menge. Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter auch einige Sozialisten. Die Menge versuchte jedoch einen Angriff auf das Grenzwächteramt, indem sie Röhren und Dächer zerstörte, wurde jedoch auch hier von der Polizei gestoppt.

Italien. Ein deutsch-französischer Zwischenfall in Cabalanza wird von deutsch-französischen Presse gemeldet. Da unsere deutschen und französischen Agenten alle auf Frankreichs und Marokkos begünstigten Nachrichten ungenauer auszusprechen pflegen, ist die Meldung zunächst mit Vorsicht aufzunehmen. Die Nachricht lautet: Zwei Fremden, die sich unter dem Schutz des deutschen Konsulats in Cabalanza geflüchtet hatten und in Begleitung des Konsulatssekretärs Sui und eines deutschen Konsulatsbediensteten zum Dampfer Cintra sich begeben, der sie in die deutsche Heimat befördern sollte, wurden unterwegs von französischen Soldaten erkannt, gefangen, gefoltert, gefesselt und ins Gefängnis geschleppt. Der deutsche Konsulatsbedienstete wurde ebenfalls blutig geschlagen und seine Stellung gestrichen. Der Konsulatssekretär wurde geschlagen und die Feste zerstört, als er gegen die Gesangenen der beiden Regimenter protestierte. Ein französischer Majorität bedrohte ihn mit dem Revolver. Als der deutsche Konsulatsbedienstete, der ebenfalls gefesselt war. Die Herausgabe der beiden Regimenter wurde aber vom Hauptkapitän verweigert.

Der Parteitag von Florenz.

Der 10. Parteitag unserer italienischen Arbeiterpartei wurde am 10. September mit großer Feierlichkeit im Theater Salvini eröffnet. Wie schon erwähnt, widmete der Bürgermeister von Florenz, Gargioli, ein entzündeter bürgerlicher Demokrat, republikanischer Führung, dem Kongreß eine warme Begrüßung, die in ihrer Art ein Meisterstück des italienischen Redner war. Der Redner erinnerte an die glorreichen Kämpfe der alten florentinischen Demokratie, an die glänzende republikanische Vergangenheit und an die eminente, kulturelle und intellektuelle Bedeutung von Florenz. Der Vorsitz des Kongresses führte der Genosse Andrea Costa. Ihn unterstützten die Vizepräsidenten, Rocetti, Abgeordneter von Florenz, Buffi, Rappolini, Genossen Arcentina Aliberti.

Die Verhandlungen des ersten Tages knüpften sich fortwährend an den Bericht des Parteivorstandes, betrafen aber der Sache nach in erster Linie das Verhältnis der bekanntlich extrem-reformistischen Mailänder autonomen Partei zur Partei. Der internationale Parteivorstand erfuhr von Linis, das heißt von jenen der sozialistischen 'Revolutionäre', wie von Rechts, also von reformistischer Seite, heftige Angriffe. Außerdem warfen ihm südbildende Delegierte die Vernachlässigung der Interessen des Südens vor. Die Sache des Parteivorstandes und des Internationalismus zugleich, vertrat Genosse Morgari, der bisherige Chefsekretär des Partei. Morgari fand einige recht scharfe Worte gegen die Mailänder Reformisten, aber der Jubel, mit welchem schon vorher die Kongreßbesitzer das hohe Auftreten Filippo Turattis begrüßt hatte, ließ es schon von vornherein fest erscheinen, daß den zurückförmigen reformistischen Seite der Partei weit offen bleiben würden. — Auch wenn die Differenzen nicht als Reue zurückförmigen. Zu einer Klärung muß es gar nicht. Auch der sozialistisch-revolutionäre Flügel, für den Lagori sprach, überließ sich nicht der Wiederannahme der Mailänder Autonomie. Sie wurden durch Affirmation als Parteigenossen wieder anerkannt, wobei die Regelung der organisatorischen Beziehungen zwischen Partei und unabhängigen Zirkeln späteren Beschlüssen überlassen blieb.

Der zweite Verhandlungstag brachte eine lange, und zunächst resultatlose Erörterung über die wenig erbanliche finanzielle Lage des Partei. Schließlich wurde die Sache einer Kommission überlassen. Diese ließ am folgenden Tage durch den Reformisten Modigliani Bericht erstatten, woraus über die Vorkläre angenommen wurden. Es lauten im wesentlichen eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags, der politischen Section zugunsten des Partei, auf eine Verkleinerung einerseits der Organisation, andererseits der wohlhabenden Parteigenossen um Anwesenheit des Partei, herans. Der dritte Verhandlungstag fiel auf den 20. September, dem Jahrestag des Endes der Parteilichkeit in Rom. Der Vorsitzende Genosse Costa gab in würdigen Worten der welthistorischen Bedeutung dieses Erinnerungstages.

Am dritten Verhandlungstage lief ein mit großer Begeisterung aufgenommenes Begrüßungsschreiben des deutschen Parteivorstandes ein. Ebenfalls mit großem Jubel wurde das Schreiben des Kongresses, worin der in Buenos Aires weilende Genosse Enrico Berlinguer, der ihm telegraphisch übermittelte Grüße des Kongresses erwiderte.

Der dritte Verhandlungstag brachte außer der erwähnten Beendigung der Diskussion über den Partei, den Beginn der großen Zeit- und Prinzipienrede, die am folgenden Tage fortgesetzt wurde. Genosse Rinaldo Rigola, der bereits in Modena als Führer der unbündigen reformistischen Gewerkschaften aufgetreten war, referierte über die Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses in Stuttgart betonte er die unbedingte Zusammengehörigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die sich gegenseitig ergänzen. Gen. Rigola wies es weit von sich, als ob die Partei die Gewerkschaften unterworfen zu haben, verlangte aber auf das Entschiedenste, daß die Partei keine Arbeit überlassen solle, der von der Generalkommission der Arbeiterbewegung nicht billigt werden. Ebenfalls soll die Partei die der Konföderation feindlichen totalitären Gewerkschaften unterstützen. Namentlich gegen diesen Punkt wandten sich der Korrespondent, der 'Revolutionär' Longobardi, dessen Referat im übrigen vom Geiste einer würdigen Mäßigung getragen war, der s. W. auch von den rechts-reformistischen Mailänder Tempo anerkannt worden ist.

Am letzten Verhandlungstage wurde der große Zeit- und Prinzipienreferat erörtert. Turatti sprach für die Reformisten. Er sagte in seiner ergreifenden Rede den Internationalen Sozialisten den Gehör an, ein einigermassen Mittelständchen mit Ironie zurückzuführen. Für die 'Revolutionäre' sprach Diagoni, der ihre Sache bereits auf dem Romener Gewerkschaftskongreß vertreten hatte. Morgari, welcher die Stellung des linken Flügels der Internationalen stützen wollte, verzierte angesichts der Ungelegenheit der Kongreßmehrheit auf's Wort.

Inzwischen war nämlich diese Mehrheit ganz außer Frage gestellt worden. Nachdem geforderte Veramlungen der Reformisten, der Syndikalisten und der 'Revolutionäre' stattgefunden hatten, waren zwischen der Mehrheit der Internationalen und den sogenannten Reformisten eine Einigung über die Tagesordnung erzielt worden. Die reformistisch-rechts-integralistische Tagesordnung feigte mit einer ungeheuren großen Mehrheit. (Wesentlich wird auf dem italienischen Parteitag nicht nach der Zahl der Delegierten, sondern nach der Mitgliedszahl der vertretenen Organisationen, abgemittelt.) 18 252 Stimmen wurden für das rechts-integralistisch-reformistische Kompromiß, 584 Stimmen für die übrigen durchaus nicht wesentlich, sich von dem Kompromiß unterscheidenden Tagesordnung Morgari (links-integralistisch) und 527 Stimmen für die intransigente (revolutionäre) Tagesordnung abgegeben. Die angemessene Tagesordnung ist in ihrer unbedingten Verwerfung des Syndikalismus und des Generalstreiks, in ihrer Hervorhebung der Wichtigkeit des Mitarbeitens am Staatsleben usw. ausgesprochen reformistische und trägt den integralistischen Einwendungen gegen den Reformismus nur insofern Rechnung, als sie den Unterschied zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Reformen einmahnen kann unterstellt. — Die Annahme der Resolution erfolgte nicht ohne mancherlei härmliche Szenen.

Ohne große Debatten wurden die Beschlüsse des Referenten durch die Mehrheit der Delegierten, sondern nach der Mitgliedszahl der vertretenen Organisationen, abgemittelt. Die Beschlüsse der Parteitag erfolgten durchaus im Sinne der freigelegten rechts-integralistisch-reformistischen Konzentration. Zur Leitung des Partei wurde Genosse Leonida Bisfola ernannt. Damit ist der Sieg des Reformismus für die nächste Zeit entschieden.

Der Mailänder Tempo, das Organ der Turattigruppe feierte den Sieg seiner Richtung mit den Worten: 'Der Integralismus ist Reformismus und der Reformismus ist jetzt der Sozialismus.'

Es ist aber zu bemerken, daß eigentlich schon längst der linke Flügel des Reformismus und der rechte Flügel des Integralismus wesensgleich waren. Nachdem der rechte Flügel des Reformismus unter Turatti darauf verzichtet hatte, seine Sonderstellung prozezierend zur Schau zu tragen, war der Sieg der sogenannten Konzentration gesichert.

Der reformistische Mailänder Tempo feiert in seinem Leitartikel das Resultat des Florentiner Parteitages. Er preist die Arbeitskonföderation, die durch ihre Beispiel dazu beigetragen habe, die Partei von Reiten des revolutionären Syndikalismus zu befreien, und feiert die Gewerkschaftsführer Rigola, Ghisa, Guaglio, deren Neben in Florenz den Sieg der Reformisten entschieden haben.

Ganz anders lauten begriffserne die Urteile der unterlegenen sozialistischen Linien. Longobardi, welcher mit Lagori den äußersten linken revolutionären Flügel bildet, dieses Ergebnis als ein Verstoß gegen den Konzentration und in dem die Intentionen unter Dugonis Führung und bereinigt sich auch mit diesem zu einer gemeinsamen Tagesordnung. Longobardi sieht in der Annahme der Einigungsformel nicht mehr und nicht weniger als das Ende der unabhängigen sozialistischen Partei. Von nun an werde die italienische Sozialdemokratie nichts sein, als eine besondere Schattierung der allgemeinen italienischen Demokratie.

Die reformistisch-rechts-integralistische Einigungsformel erkennt zunächst die Verdienste des Integralismus, und die Leistung und die Enttätigung der Partei an. Ganz kurz, noch dazu in einer eingeklamerten Einschaltung, wird der Klassencharakter der sozialistischen Partei erwähnt. Am ausführlichsten tritt die Resolution den revolutionären Syndikalismus entgegen. Sie begrüßt die entscheidende Stellungnahme, die die Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Modena gegen den Syndikalismus genommen haben, abgelehrt die Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart über das Verhältnis der Partei und Gewerkschaften, verlangt die intimsten Beziehungen der Konföderation und der Partei, erklärt, daß auch bei der Auswahl der politischen Kandidaten die Gewerkschaften nach Möglichkeit gehört werden sollen. Der Generalstreik wird als unheilvoll für die gegenwärtige Periode der Enttötung zurückgewiesen und nur als alleräußerstes Kampfmittel gegen die äußerste Reaktion zugelassen. Aber auch lokale und berufliche politische Streiks sollen nur in den äußersten Fällen zulässig sein. Ebenso sollen nur in demselben äußersten Falle Streiks der Angestellten des Staates und der Gemeinde zum Streik greifen. Andererseits wird aber die sozialistische Parteimehrheit aufgegeben, deren Versuch einer gesetzlichen Streikverbinderung auf das schärfste entgegenzutreten. — Die Resolution verweist die Auffassung von dem unbedingten und unfehlbaren bürgerlichen Klassencharakter des jetzigen Staates. Es sei vielmehr auch schon jetzt möglich, die Organe des Staates mit sozialistischem Inhalt zu erfüllen. In diesem Sinne müsse der Sozialismus an allen Reformen mitarbeiten, und sich besonders an allen Wahlen beteiligen. Dabei jedoch sei die Teilnahme an der Regierung zurückzuweisen, das Endziel, stets zu

betonen und die Grenzlinie gegenüber den bürgerlichen Reformen nicht zu verlassen. Ueber Personfragen sollen die Beschlüsse schließlich entschieden. Die Unterbringung nicht-sozialistischer Kandidaten wird als Ausnahme zugelassen. Solche Kandidaten sollen möglichst auf das sozialistische Minimalprogramm verpflichtet werden. Dieses enthält den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung der Erbschaftsteuer, allgemeinen Wahlrecht, Verkleinerung der militärischen Ausgaben, Ausbau und völlige Weltlichkeit der Volksschulen. Die parlamentarische Gruppe soll mit der Parteileitung, sowie mit dem Vorstand der Arbeitskonföderation (Generalkommission der Gewerkschaften) in fester enger Fühlung bleiben.

Gerichtssaal. Soßkengericht.

In Trauer erschien eine frühere Schmeibemesterrin, jetzige Schenkwirtin, von hier wegen Unterschlagung auf der Anklagebank. Der Gatte der Angeklagten war im Jahre 1907 wegen einer großen Heberlei in Untersuchung genommen und schließlich schuldig erklärt worden. Er hatte in mehreren tausend Mark fälschlich verfaßt, als er sich überlassen hatte seine Wägen, Maschinen, Schraubenzieher usw. Der Ehemann der Frau hieß schließlich und die Frau verkaufte später die Maschinen usw. an einen Händler nochmal. Sie will wohl gewagt haben, daß die Sachen früher verkauft waren. Ihr Mann soll die Sachen vor dem Ehemann der Angeklagten gekauft haben, doch er die Sachen durch Zahlungen wieder frei gemacht haben. Der Amtsamt beantragte gegen die Frau eine Woche Gefängnis; das Gericht kam aber zur Freisprechung, da der Angeklagte beim Begehen der Tat das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe.

Unangenehmes Hausnachbar. Welch beschämende Notizen zu berichten von Arbeitern und Arbeiterinnen getrieben wird, um sich gegenständig das Leben schwer zu machen, ergab eine Verhandlung, in der ein Aufrechter wegen Verhinderung und Beleidigung angeklagt war. Die Angeklagten wohnten mit ihrem Hausmann auf einem Acker und sollen diesen sowie seine Gattin mit einem alten Ebel, Lopi, Beleidigung usw. mißhandelt und beleidigt haben. So sollen die Angeklagten u. a. die Weigerung gehabt haben, ihre Mißhandlungen gegen den Mann in einen Sad gefügt und zu schlagen; bevor sie ausgingen, wollten sie die Gasse erst noch kalt machen. Die Angeklagten behaupten, sie wären zu den Taten von ihren Mißhandlungen getrieben worden. Letztere hätten öfter gegen die Angeklagten in die Küche geschrien; dann hätten sie ihnen Gegenstände vorgezogen, die ihnen gegen den Mann gefügt. Schließlich hätten die Hausnachbarn sich schwere Ketten beschafft und ihre Kinder ein allgemeines Geräusch veranstaltet lassen, bei dem sie dann den Hof angeht hätten; 'Zeit geht der Zug nach der Richtung ab, einhellig.' Nach all dem hätte die Angeklagte nicht mehr zu tun, als sich zu entschuldigen. Da die Richter nicht nachgeben wollten, beantragte der Staatsanwalt gegen den Ehemann Gefängnis und gegen seine Frau fünf Wochen Gefängnis. Das Urteil lautet gegen beide Angeklagte auf je 20 M. Geldstrafe ev. fünf Tage Gefängnis.

Bei ihm angeblich sein Schatz drückte, hatte sich ein nicht mehr ganz jugendlicher Arbeiter in einer Zuhilfenahme auf den Bürgerkrieg der Landwehrtruppe gezeigt und nördlichen Stambul gegen die Polizei in die Zuhilfenahme genommen. Er hatte sich ein Schatz verheimlicht, um es zu sehen, was da los sei, jagte der Stambulmacher, er müsse seinen Schatz ausgeben, der drückte ihm zu sehr. Der Beamte vermahnte den Mann zur Ruhe, da er aber weiter lärmte, machte er Anstalten, ihn mit der Waffe zu nehmen. Dabei leitete er aber seinen Widerstand, schlug um sich und bis das die Polizei in den Säulen Schloß und die Waffe eines jugendlichen Polizisten gelang es, den Mann nach der Waffe zu bringen. Der wegen Verübung großer Unruhs und Widerstandes Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis und drei Tagen Haft verurteilt.

Als ein unangenehmer Freund erwies sich ein Eisenarbeiter, der am 6. Juni zu der Ehefrau eines Bekannten gegangen war und derselben unter falschen Angaben zwei Mark abgeholt hatte. Der Bekannte erfuhr von der Frau, was er sich überlassen hatte und ihrem Namen bekannten Polizisten und mit ihrem Mann Part befreundet. Er habe sogar mit dem Polizisten und ihrem Mann bei dem Militär geholt. Der Angeklagte wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Aus den Gemeinden.

Naumburg. Stabbezirksverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Verhandlung wird der Magistrat wegen des Seminarbaues inpezzelt. Nach einem Bericht sollte die Regierung, trotz des Beschlusses der letzten Sitzung, beantragt, das Seminar nicht nach Naumburg, sondern nach Zeitz zu versetzen. Der Magistrat ist im Interesse des Gerichts nachgegangen und konnte erklären, das alles in Ordnung sei. Naumburg wird das Seminar erhalten. — Die Entlassung der Schlichthofkassette mußte zurückgeführt werden, da zu mehreren Punkten die Interessen schloß. Einer vom Magistrat vorgeschlagenen Wänders von Schlichthof und Freibauverwaltung wird abgelehnt. Ebenso der Annahme zweier Legate zu 5000 und 4000 Mark. Ein Antrag der Finanzkommission, die Berechnung des Pfisterfonds anders zu gestalten, rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Magistrat führt die von Anliegern neuer Straßen geschilderten Beiträge meißend dem allgemeinen Pfisterfonds zu, während die Kommission verlangt, daß die Beiträge dem Fonds zugewiesen werden sollen, aus welchem die Anlieger die Straßenbau erhalten wird. Mit knapper Majorität wird das bisherige Verfahren des Magistrats gutgeheißen. — Dem Antrag der Haushalte soll zur Befähigung einer Hilfskraft 200 M. gewährt werden. Zu baulichen Veränderungen und der Anschaffung eines neuen Stells in Schlichthof werden 16 000 M. bewilligt. Dem württembergischen Frauenvereine werden 600 M. auf 800 M. erhöht. — Dem christlichen Jugendverein Sanft Wengel wird das Vereinslokal in einem städtischen Gebäude unentgeltlich überlassen.

Der Magistrat wird wegen der hier vorkommenden Epidemien erkrankungen interpelliert. Er antwortet, daß 18 Erkrankungen gemeldet seien, welche aber sicher zum größten Teil durch eine Mischepidemie aus Misch und Artern, wo diese Krankheit besonders auftritt, hervorgerufen seien. In Naumburg selbst sei der Boden für eine solche Krankheit nicht vorhanden. Die Epidemien mögen nicht an Vorkind heilen lassen, sondern zum Teil, Milch und ähnlichen Sachen aus vorgezeichneten Orten. Der rheinländische Bismardverein bittet um einen Beitrag zur Errichtung einer Bismardiale in dem Niederwalde. Es soll ein Stolstein-Monument werden von 50 Meter Höhe. Es fehlen aber noch 50 000 M. an der Vollendung. Der Magistrat beantragt, 50 M. zu bewilligen. Die Finanzkommission ersucht um Abweisung. Die Herren Schiele und Bortolami traten warm für die Bismardiale ein und es gelang ihnen, eine kleine Majorität zu überreden, so daß also 50 M. aus dem Stadtkasse für eine Bismardiale am Abneigependat werden. Für die Abrechnung in Denunziationen beantragt der Magistrat aus 50 M. Er hat die Bismardiale am 1. Oktober für die obdanklichen Denunziationen. Das Kollegium bewilligt aber 100 M.

verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

M. BÄR

Gr. Ulrichstrasse 54.

ca. 1000 Stück
Phonographen-Platten 18.
mit Spielend, richtig billig

ca. 1000 Stück
Glas-Aquarien 68.
la. Ware 1.10 00

ca. 600 Stück
Sprechmaschinen-Platten 110.
zu am Durchschneid, kopierfähig, Neu-Erfunde

3 Sonder-Angebote.

3

110

Grammophon-Abteilung: Sprechmaschinen-Vorführung der Neu-Aufnahmen aus den Operetten: Donnerwetter! Tadellos! - Lustige Witze - Walzertraum - Dollaprinzessin etc. ohne jeden Kaufzwang.



Jede Hausfrau nehme
die Gelegenheit unserer großen Zufuhren an
Goldbarsch auch Seezander
genannt wahr, um sich von der Vorzüglichkeit dieses
sehr gesunden und äußerst wohlschmeckenden Fisches
zu überzeugen.
Preis für Dienstag Pfund 15 Pf. und Mittwoch:
Alle anderen Sorten zu billigen Tagespreisen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee.
Größte Hochseefischerei Deutschlands.
Gr. Ulrichstrasse 54. Teleph. 1275.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Hansa-Theater

Rannischestrasse 11, am Frankplatz.

Täglich Vorführung lebender Photographien.
Festliche u. belle Bilder. Angenehmer Aufenthalt im Sinematographen, da niemand durch Musikgeräusch und Lärmende Bilder gestört wird.
Jeder Überzeugt sich selbst! Keine Reklams notwendig Programm auf Gasfallen auf Gasfallen hervor.
Eintritt täglich von 5 Uhr ab.
Jeden Mittwoch **Kinder-Vorstellung** von 3-6 Uhr: mit aussergewöhnlich, hochinteressantem Programm.
Um weiteren regen Besuch bittet.
Wilhelm Käster.

Möbelmagazin Hall. Tischlermstr.

Halle a. S. (E. G. m. b. H.)
nur Gr. Ulrichstr. 50, neben den Kaisersälen.

Wollen Sie Geld sparen,
so sehen Sie sich, bevor Sie Möbel kaufen,
unsere einfachen, solid gearbeiteten
Wohnungs-Einrichtungen
an.

Komplette Aussteuer I Mark 391.—
" " II " 449.—
" " III " 654.—

Durch Preiswürdigkeit u. gefällige Formen unerreicht.
Bei Barzahlung 5% Rabatt! Lieferung frei!
Jede Auskunft und Besichtigung bereitwilligst und kostenlos!

Neu! Neu!

Kursbücher

Winter-Halbjahr 1908/09

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Neu! Neu!

Letterwagen (Handarbeit)

von 2-10 Jenner Tragkraft
läuft man am besten bei

M. Bär, Gr. Ulrichstrasse 54.

Räumfuhren jeder Art bei bill. Abh. Ackermann, Mühlberg 10.

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vankostenpost“ Esslingen 156.

der

Neue Welt-Kalender

für 1909.

33. Jahrgang.
Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch alle Aussträger und
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.



Vorzügliche

Blutwurst

Pfund 54 Pf.

Delikate milde

Tilsiter Fettkäse

Pfund 64 Pf.

F. H. Krause

Gr. Ulrichstr. 44 - Steinweg 17
Leipzigstr. 16 - Burgstrasse 7
Bernburgerstr. 16 - Jakobstr. 38
Thomasstr. 40 - Reilstr. 111
Alter Markt 18 - Gr. Steinstrasse 39 - Landshorgerstr. 3.

Moden-Zeitungen IV. Quartal 1908.

Die elegante Mode	pro Quartal 1.75 M.
Große Modenzeitung	1.50
Die Modenwelt	1.25
Deutsche Modenzeitung	1.15
Dies Blatt gehört der Hausfrau	2.55
Händlicher Ratgeber	1.95
Große Modenwelt	1.25
Mode und Haus (mit Kolorat)	1.25
Mode und Haus (ohne Kolorat)	1.—
Kindergarberobe	0.60
Wäschezeitung	0.60
Große Kindermodenwelt	0.60
Kleine Modenwelt	0.50
Frauen- Zeitung	2.10
Frauenfleiß	0.75
Zentralblatt für Moden	0.75
Wiener Moden	2.60
Wiener Chic	pro Quartal 6.00 u. 8.25
Damen-Album	jährlich 12.00

und viele andere.

Bestellgeld 10 Pfg. pro Quartal

Da bereits von mehreren Moden-Zeitungen, wie **Miner-garberobe, Wäschezeitung, Frauenfleiß u. Kleine Moden-**welt die letzten Nummern des III. Quartals erschienen sind, er-luchen wir um rege Beteiligung am Abonnement des IV. Quartals

Nichtabbestelltes wird weiter geliefert.

Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen, alle Aus-träger des Volksblattes und **Die Volksbuchhandlung.**

Neu! Neu!

Kursbücher

Winter-Halbjahr 1908/09

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/43.

Glacé-, Wildleder- und Stoffhandschuhe
Chr. Voigt,
Leipzigstr. 10.
Tel. 3066.

Zum Beginn der Opernsaison.

Textbücher

sowie

Führer

zu allen bekannten Opern sind
zu Preise von 20 resp. 15 Pfg.
sich zu haben in der **Volksbuch-**handlung, Halle, Harz 42/43.

Nittola (geleh. gesch.)
anrkennt bestes Stupmittel bei
Diarrhoe (Durchf.) bei Kinder u.
Erwachs. In Drogerien zu haben.

Lumpen aller Art,
Zeitschriften und Papierabfälle
kauft stets
A. Samuel, Alter Markt 7.
Morgen, Dienstag: **Schlafst.**
Fritz Schneider, Seig. Velfingstr. 1.

Wissen ist Macht!

Einjache, doppelte u. amerikan.
Buchhaltung,
leicht verständliche, anschauliche
Form.

Richtig Deutsche,
sowie richtige deutsche Grammatik
mit ausführlicher Darlegung der
Abweichungen der neueren
Rechtschreibungen f. den Selbst-
unterricht.

Der deutsche Aufsatz,
Anleitung zur Aufbereitung von
Aufsätzen verschiedener Art für
Schülerbewerber und
Mittelschüler.

Mir oder Mich?
Ein Lehr- und Lesebuch für
den Selbstunterricht.

Der deutsche Brief,
Kauf-Verkauf- u. Privat-Briefe,
Gebühren- u. Privat-Briefe,
Eingaben, Titulaturen usw.

Geographie
aller Erdteile, Lehr- und Lern-
buch für jedermann.
Preis pro Band statt 1 Mark
nur 60 Pfg.
Jeder Band aus einzeln zu be-
ziehen durch
Die Volks-Buchhandlung.

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 26. Sept.

Angehoben: Straßenbahn-
Schaffner Schröder und Wilma
Groch (Halle a. S. und Delitzsch).
Güterbodenarbeiter Wöging und
Selma Küsterwind (Wippra und
Könnern).

Geflügelungen: Arbeit. Müller
u. Ute Sänger (Wöhrerweg 80
und Medelstr. 25). Arbeiter
Reitmann und Agnes Scholtan
(Hahnenp. und Krantenbergstr. 26).
Schloffer Döhl u. Maria Schöb
(Laubstr. 5 und Martha-
str. 23). Schloffer Hartmann
u. Ute Schmidt (Alter Markt 18
und Marktpl. 13). Bäcker Döhl-
mann u. Emma Döhlmann (Loh-
straße 4). Tischler Knorr und
Marie Kläner (Hahnenp. 4
und Grafenw. 1). Fleischerstr.
Lüdemel und Marie Berthel
(Brünnstr. 23). Händlerin
Hilke und Anna Ewig (Hahnen-
p. 32 u. Eckerstr. 8).
Schloffer Effen und Rosine
Heide (Werbeburgerstr. 16).
Schuhmacher Meyer und Maria
Rehe (Weissenfels und Medel-
str. 8). Arbeiter Engling und
Marie Böhm (Marxstr. 17 a
und Leipzigerstr. 11). Gelehr-
führer Ende und Julie Raus-
mann (Brudow u. Lindw.).

Geboren: Arbeit. Krennmann
Joh. (Werbeburgerstr. 47). Arb.
Jermann 66. (Lindw.).

Verstorben: Arbeiter Borstel
aus Darungen (Klein). Arb.
Schulze E. 3 Mon. (Bergstr. 3).
Händler Hüfner E. 1 Jahr
(Schulzehof 7). Witt. König
86. (Klein). 75 J. (Franken-
str. 3).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 8a).
26. September.

Angehoben: Arbeiter Walter
und Auguste Weyl geb. Webe-
rind (Gr. Wallstr. 42).
Geflügelung: Stadtbahnwagen-
führer Kasper u. Maria Einbe-
rung (Wilhelmstr. 80 und Kleine
Schloßgasse 5).

Geboren: Dr. phil. Eißner E.
(Wartenstr. 7). Arbeiter Söme E.
(Hahnenp. 6). Kleinrentner Kur-
zath S. (Henriettenstr. 6). Tischler
Eckert E. (Wöhrerstr. 14). Haus-
lehrer Krüger E. (A. Bucher-
str. 77). Gelehrführer Sacht
Kocher (Friedrichstr. 20).

Geboren: Dr. phil. Eißner E.
47 J. (Wöhrerstr. 10). Arbeiter Söme
Ester Ehefrau geb. Schmidt,
60 J. (Burgstr. 65).

26. September.

Angehoben: Dr. phil. Döhrer
und Agnes Alendorff (Werkin und
Ludw. Bucherstr. 63).

Geflügelungen: Arb. Stankli
u. Marie Hagnobela (Artillerie-
str. 20 und Langstr. 6).
Fleischer Stankli und Anna
Döhlmann (Hilfstr. 8 und See-
benerstr. 40). Landwirt Hilberndt
und Ida Sommer geb. König
Weimar u. Eibenstr. 18). Affel-
deamer Michaelis und Wilma
Schierich (Hahnenp. und Eifer-
str. 44). Arbeiter Wolff und
Selma Willnow (Wöhrerstr. 5
und Fleischerstr. 20). Anführer Wer-
stin u. Marie Reitel geb. Müller
(Schillerstr. 44).

Geboren: Bauarbeiter Roth E.
(Eichenbockstr. 26). Tischler Fran-
zen E. (Reiffstr. 33). Arbeiter
Denkowitz E. (Opferstr. 11).
Vericherungsbeamten Habel E.
(Vorfr. 79). Korbweber Esem-
mann E. (Angew. 3). Eiben-
dorff E. (Hahnenp. 6).
Fleischer Reiterstr. 33).
Fleischer Heißbach E. (Wittefeld-
str. 15).

Gestorben: Müller's Schmidt
aus Lobitz L. 63 J. (Hahnen-
p. 6). Arbeiter Müller
E. 3 Mon. (Wöhrerstr. 1).
Gelehrführer Sömer L. 1 J. 3
Mon. (Wöhrerstr. 57). Der ind.
Maurer Dörmann, 67 Jahre
(Fritz Reuterstr. 4).

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Die Mitgliederversammlung gestern, Sonntag, die um 1/2 12 Uhr ihren Anfang nahm, beschloß sich zuerst mit der Berichterstattung über den Nürnberg Parteitag, die Gen. Reiwand als Delegierter übernommen hatte. Ausgehend davon, daß die Stadt Nürnberg eine historische Stätte ist (sah doch schon vor 40 Jahren ein Parteitag hier statt), führte er den Konflikt von damals und heute vor Augen. Damals nur ein kleines Hülflein, nimmt die Sozialdemokratie heute eine Achtung gebietende Stellung ein, nähmen doch am Vorabend des Parteitages 20 bis 25 000 Arbeiter an dem Kommerz teil. Dann verbreitete sich Reiwand über den Verlauf der Berichterstattung des Parteivorstandes, um sich hierbei besonders mit den Ausführungen des Genossen Ebert über die Verhandlungen mit den Sozialorganisten zu beschäftigen. Er verlas zum besseren Verständnis deshalb die vom Parteitag angenommene Resolution über die weitere Behandlung der total Organisierten, mit denen man keinerlei Verhandlungen mehr zu führen sich. Auch die Finanzfrage bezug, die Freitag abend in der einzelnen Kreise von Reiwand besonders hervor, darauf hinweisend, daß schon in über 60 Wahlkreisen der Wochenbeitrag eingeführt ist. Ebenso machte Gen. Reiwand noch längere Ausführungen über die Kontroverse Mautenbrecher-Eisner kontra Parteiische, über deren jetzige Gestaltung und Grundlage im Gegensatz zur Auffassung Eisner-Mautenbrecher der Parteitag gut hieß. Ebenso wies er auf die Verhandlungen über die Frauorganisation und Organisation hin, hierbei die angenommene Resolution des Parteivorstandes verlesend.

Dann folgte er kurz die Verhandlungen über die Raifreierfrage, die zu lebhafter Aussprache führte. Besonders markant zeichnete sich hierbei die Haltung der Mehrheit des Parteitages aus, die mit der Resolution des Parteivorstandes und Generalkommission nicht einverstanden war, und deshalb auch die getroffenen Vereinbarungen, die Gen. Reiwand verlas, nicht abgelehrt, sondern verschiedene Änderungen vornahm und dem Vorstand zurückgab.

Es waren 200 Delegierte anwesend, deren Mandate alle für gültig anerkannt wurden.

Ueber die Budgetbewilligung führte Gen. Reiwand aus, daß die Süddeutschen über keinerlei Beschränkung der Redefreiheit klagen konnten. Denn während Genosse Webel als Referent nur etwa 1/2 Stunden sprach, sprach Zimm-München über drei Stunden, ihm folgte Dr. Franz-Mannheim und Hilbrand-Stuttgart mit je 1 1/2 Stunden, alles Befürworter und Verteiliger der Budgetbewilligung. Auch in der sich anschließenden Diskussion waren unter den Diskussionsführern die Süddeutschen in der Mehrheit. Nach Ansicht des Genossen Reiwand machte es auf einen Genossen einen sonderbaren Eindruck, als Zimm am Schluß seiner Ausführungen sagte, man

könne beschließen, was man wolle, die Süddeutschen würden sich nicht fügen. Dann ging er noch des näheren über die weitere Verhandlung dieser Frage ein, es als sonderbar bezeichnend, daß die hannoverschen Delegierten in einer geklebten Sitzung sich haben, geschlossen für die Süddeutschen einzutreten. Alle anderen Provinzen oder Städte, selbst die Süddeutschen, hatten es ihren Delegierten überlassen, nach freiem Ermessen zu stimmen. Trotzdem wurde mit reichlich Zweidrittelmajorität die Vorstandresolution angenommen. Von den Delegierten unseres Bezirks stimmte nur Gen. Thiele dagegen. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden den Delegierten jahrelang im Gedächtnis bleiben. Es sei jedoch nicht seine Aufgabe, hier sich des weiteren über diese Finanzfrage auszusprechen.

Dann streifte er noch die berahnte Finanzfrage des Reiches, zu der Gen. Geper sprach, um die Verhandlungen über die Jugendorganisation genauer zu besprechen, hierbei die angenommene Resolution des Parteivorstandes verlesend. Auch wir in Halle müssen in aller nächster Zeit Stellung nehmen, da auch wir eine Jugendorganisation hier haben, die vorläufig ganz auf sich allein angewiesen ist. Dann besprach er noch kurz die weiteren Vorträge und Anträge, die alle näher zu erläutern zu weit führen würde, um so mehr, da das Volksblatt hierüber ausführlich berichtet habe. Auf alle Fälle haben die diesjährigen Verhandlungen des Parteitages Bedeutung, daß man auch dort das Beste für die Partei getollt hat. Hierzu ist folgende Resolution eingegangen:

Die heute, Sonntag, den 27. September 1908, im Volkspark tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis erklärt ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages von Nürnberg und billigt das Verhalten ihres Delegierten, des Genossen Reiwand, bei den einzelnen Abstimmungen.

In der Budgetfrage steht die Versammlung in vollem Umfange auf dem Boden der in Nürnberg durch Mehrheitsbeschluss angenommenen Resolution, die die gleichartigen Beschlüsse der Parteilage von Witten und Dresden erklärt und verurteilt. Die Versammlung eröfnet in der Budgetfrage nicht nur eine tatsächliche Frage, sondern eine Frage von hoher prinzipieller Bedeutung, die tief in das Wesen des Klassenkampfes eingreift. Das Verhalten der süddeutschen Delegierten in Nürnberg, die Erklärung der 66, die eine Forderung der Parteilage in Mehrheit bedeutet, das Verhalten der süddeutschen Parteigenossen in den Verhandlungen nach dem Parteitag beweisen, daß in Süddeutschland sowie in gewissen Kreisen Norddeutschlands die Budgetfrage nur zum Vorwand für Verstreungen dienen, die darauf hinauslaufen, den Klassenkampf zu verschleiern und zu bewässern.

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen solche Verstreungen und hält es angesichts der gegenwärtigen politischen Situation, die im Zeichen des Wahlrechtskampfes und unermesslichen Steuerbelastung des Volkes steht, für unbe-

dingt notwendig, den reinen Klassenkampfcharakter der Partei zu wahren, wie er in unserem Programm und den Theorien unserer großen Sozialkämpfer niedergelegt ist. Die Versammlung legt jedem Parteigenossen die Pflicht auf, sich in diese Theorien zu vertiefen, um jedem ein Urteil in wichtigen Parteifragen zu ermöglichen.

In bezug auf die praktische Durchführung der Nürnberg Resolution zur Budgetfrage verlangt die Versammlung, daß diese Willensäußerung des Parteitages so lange unüberbrücklich Gesetz sein muß, als sie nicht durch Beschluß eines späteren Parteitages geändert wird. Die Versammlung ersucht den Parteivorstand, als Exekutiv des Parteitages, darüber zu wachen, daß die Erklärung des Genossen Segis und der 66 und die Interpretation dieser Erklärung durch die süddeutsche Parteitresse nach dem Parteitag nicht zur Tat werden. Die Versammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er jedem Veruche in der Beschönigung des Spruches über oberflächliche Vertretung die Partei selbst zu verzeihen, unerschütterlich entgegensteht.

In der sich an den Bericht anschließenden Diskussion nahm als erster Redner Gen. Thiele das Wort, um seine Zielungsname auf dem Parteitag zu präzisieren bezug, die Meinungsverschiedenheiten über den wichtigsten Punkt des Parteitages, die Budgetbewilligung, näher und ausführlich zu beleuchten, um so mehr, da die weitere Diskussion nach dem Parteitag dies notwendig mache. Nicht als Delegierter des hiesigen Parteiblattes. Er könne daher nicht in wenigen Worten damit fertig werden, um nachzuweisen, daß seine Zustimmung doch die richtige war. Soll jedoch die Aussprache einen Zweck haben, muß gefordert werden, die Gründe derer zu würdigen, die für die Budgetbewilligung eingetreten sind, ebenso wie die Gründe derer, die gegen die Budgetbewilligung sind.

Keiner der in Betracht kommenden Genossen hat seine Meinung geändert, es ist keine Schwächung, sondern eine nützliche Klärung der bestehenden Verhältnisse, dabei das Auge auf unser Ziel, die Eroberung der Welt, richtend. Auch daran werden wir uns gewöhnen müssen, gegen die zwar gleichstrebenden, aber abweichender Meinung findenden Genossen duldsamer zu sein, wenn unsere Kräfte nicht geschwächt, wir nicht in unserem Fortschreiten gehemmt sein wollen. Das wolle er voranschicken, um seine abweichende Meinung zu rechtfertigen. Nichts kann mir ferner liegen, als eine Verwässerung unserer Parteiforderungen, aber man muß von einem anderen Standpunkt aus die Angelegenheit betrachten. Man muß sich zuerst klar werden über die beiden Begriffe Prinzip und Taktik. Als Prinzip unseres Strebens haben wir die Eroberung der politischen Macht, als Taktik treten wir für den Parlamentarismus ein, trotzdem wir wissen, daß wir auf diesem Wege allein unsere Ziele nicht verwirklichen können. Nun halbigen wir aber nicht etwa dem jeztzeitlichen Grundgesetz. Der Zweck heiligt die Mittel, aber in der parlamentarischen Taktik müssen wir oft zu Maßnahmen greifen, die nur durch die parlamentarische Lage zu

Ausverkauf in Damen-Konfektion

wegen bevorstehenden Umbaus.

Wir sehen uns genötigt, unsere ganz kolossalen Vorräte — einschliesslich der in enormen Mengen hereingekommenen Herbst- und Winter-Neuheiten — bestehend in

Kostümen, Kleidern, Blusen, Kostümröcken, Paletots, Jacketts, Abendmänteln, Pelzwaren, Unterröcken, Morgenröcken, Matines, Kinderkleidern, Kinder- u. Backfisch-Konfektion etc.

wegen bevorstehender Umbauten in unseren Geschäftsräumen möglichst zu räumen und eröffnen deshalb am

Mittwoch, den 30. September cr. einen grossen streng reellen Ausverkauf.

Sämtliche Preise sind hierzu ganz bedeutend — oft bis weit unter die Hälfte — herabgesetzt und auf jedem Etikett neben den bisherigen deutlich mit Blaustift vermerkt.

Wir bitten unsere Schaufenster zu beachten.

Es bietet sich hiermit die seltene Gelegenheit, schon zu Beginn der Saison elegante, modernste Konfektion in grösster Auswahl zu solchen Preisen zu erwerben, wie es sonst nur nach beendeter Saison bei den übriggebliebenen Restbeständen der Fall ist.

Wir bitten zum Einkauf auch möglichst die Vormittagsgstunden zu benutzen.

Eugen Freund & Co.,

Halle a. S.,
Leipzigerstrasse 5,
nahe am Markt,
Souterrain, Parterre u. I. Etage.

Grösstes Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

NB. Um unseren wertigen Kunden, welche gewöhnt sind bei uns stets das Neueste vorzufinden, dieses auch weiter bieten zu können, werden wir auch während des Ausverkaufs täglich erscheinende Neuheiten hereinbekommen, jedoch auch diese — um die Preise hierfür in Einklang mit den anderen zu bringen — gleich von vornherein mit bedeutend billigeren Preisen neben den sonstigen versehen.

begreifen und zu entschuldigen sind. Das kommt im Reich, in den Landtagen und in den Gemeinden vor.

Damit ist schon gesagt, zu fragen, ob die Budgetbewilligung eine prinzipielle oder taktische Frage sei. Der Parteitag hat sie als eine prinzipielle Frage angesehen, wie es auch die heutige Resolution tut. Redner hat aber anderer Meinung. Er sehe sie nur als eine rein taktische Frage an, deshalb konnte er nicht für die Vorstandsresolution stimmen. Schon der zweite Absatz der Resolution habe ihn und die anderen dazu gebracht, dagegen zu stimmen, da er zu verschiedener Auslegung fähig. Aber der dritte Satz sei einfach unübersichtlich. Denn selbst die Reichstagsfraktion könne nicht danach handeln. Man tue einer Regierung keinen Gefallen damit, wenn man es für eine Regierungsangelegenheit eintreite, sondern habe immer nur den Vorteil der Arbeiter im Auge. Und auch den Süddeutschen könne und dürfe man keine solche Vorwürfe machen. Aber auch der nächste Satz unannehmlich. Denn ein etwaiges Eingehen auf eine Regierungsvorlage sei noch lange kein Entgegenkommen gegen die Regierung oder gar ein Vertrauensvotum für die letztere. Aber die Hauptfrage, weshalb Redner gegen die Vorstandsresolution stimmen mußte, war die Forderung der drei Staaten Baden, Württemberg und Hohenzollern. Weshalb diese drei Staaten herausgreifen, wenn schon in anderen Staaten dasselbe gefordert sei, was man den Süddeutschen vorwerfe, und was in anderen Staaten noch vorkommen könne und werde? Also nicht alle Gegner der Vorstandsresolution seien Feindworter der Budgetbewilligung, wie er ja auch heute noch Gegner der Bewilligung sei.

Aber er mußte auch deshalb dagegen sein, weil nach seiner Auffassung diese Frage keine prinzipielle sondern nur eine taktische sei. Sei das aber ein Prinzip, wenn es von einer Mehrheit abhängt, ob es durch die Abstimmung als Prinzip oder Taktik entschieden werden könnte? Hätten die Süddeutschen von jedem Kreise drei Delegierte geschickt, so wären 200 Delegierte mehr dagesessen, hätten also wahrscheinlich die Mehrheit gehabt, und dann wäre das Prinzip eben ein anderes gewesen. So aber standen den 66 süddeutschen Delegierten allein 75 aus Berlin und Ulmgegenüber. Er erklärte dann die Gründe der Süddeutschen, die sie zur Budgetbewilligung brachte. Das alles hätte ihn aber immer noch nicht dazu bringen können, für sie einzutreten. Nur weil diese Frage keine prinzipielle, sondern nur eine taktische sei, habe er ihn zu dieser Stellungnahme veranlaßt. So lange wir die Partei der Freiheit seien, müsse man Meinungsfreiheit haben, ohne gleich bestraft zu werden. Seien nicht schon verschiedene Parteitagbeschlüsse nicht gehalten worden, ohne gleich die Betroffenen als Parteiverstöße hinzuzurechnen? Die Teilnahme am Parlament sei ein Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Man müsse deshalb den Süddeutschen, selbst wenn man Gegner der Bewilligung wäre, zugeben, daß sie nur das Beste für die Partei gewollt haben. Man könne ihnen höchstens sagen, ihr habt nicht recht gehandelt, aber die Süddeutschen seien wie vor alle ein Produkt der Verhältnisse. Die Verhältnisse machen eben den Menschen. Das Verhalten der Süddeutschen sei aber keine Verwässerung, sondern angeordnete Mäßigkeit, wie es tagtäglich im gewöhnlichen Leben so vielfach vorkommt. Ein Prinzip muß die verschiedenartigsten Fälle zusammenfassen können und zu einem Ziele führen, deshalb sei also diese Frage keine prinzipielle sondern eine taktische. Und habe welche Verwirrung, die die Vernehmung dieser Frage geschaffen hat. Hervorgehoben muß noch werden, daß die Süddeutschen die Budgetbewilligung nicht nur Regel machen wollen, sondern nur von Fall zu Fall Stellung hierzu nehmen. Gehebel hat die Budgetbewilligung der Partei sicher nicht. Aber der Streit kommt und in der Parteitagung. Ohne folgen in sachlichen Fragen werden wir ja nie auskommen, das liegt in der Natur unserer Partei und der Stellungnahme gegenüber der herrschenden Gesellschaft. Redner spendet sich dann gegen die vorliegende Resolution, die eben von ganz falschen Gesichtspunkten ausgehe. Prinzip in leben, aber man dürfe dadurch nicht verbittert wirken. Er ging dann auf seinen Artikel im Volksblatt ein, wodurch ihm dagesessen werde, für die Süddeutschen eingetreten zu sein. Das sei jedoch wieder eine falsche Auffassung. Er werde darin nur darauf, was nun werden solle, da der Streit trotz Annahme der Vorstandsresolution bestehen bleibe. Er erinnert daran, daß man früher aus Prinzip gegen Teilnahme an den Reichstagen, Landtagen und Kommunalwahlen gewesen sei. Heute sei das Gegenteil der Fall. Man sehe also daraus, daß man den verschiedenen Rechnung getragen habe und noch trage. Was es bei der Frage der Unterbrechung der Waifer-Ausprägungen nicht möglich der Fall? Heute hat man die Unterbrechung längst in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Gehe man also nicht unnötig Del ins Feuer und verurteile den Süddeutschen etwas zu imputieren, was nicht sei, nämlich Parteiverrat und Prinzipienlosigkeit. Schließlich hat Redner noch, eine von ihm noch einzubringende Resolution anzunehmen, die vorliegende aber abzulehnen, denn es sei notwendig, die Einigkeit zu fördern. Wer recht habe, werde die Zukunft lehren. Man müsse dazu kommen, eine abweichende Meinung zu verstehen, nicht aber sie ohne weiteres zu verwerfen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dreiser: Nach dem Referat des Genossen Thiele ist es sehr schwer, rein sachlich zu diskutieren, denn in dem

Referat waren eine ganze Reihe persönlicher Spitzen enthalten. Wichtig gestellt muß werden, daß gegen die Süddeutschen Nichtzuzustimmen aus persönlichen Motiven gehegt wird. Nur darin ist es zu bestehen, ob die den Verhandlungen des Reichstages hochgehalten haben. Die Süddeutschen seien nicht zu beschuldigen worden. Zu dem Witzrauen war ein sehr berechtigter Grund vorhanden, weil alle drei Redner der Süddeutschen erklärten, es sei ihnen unmöglich, sich einem Parteitagbeschlusse in diesem Punkte zu fügen. Sie erklärten, es für eine Schamge anzusehen, wenn sie durch einen Parteitagbeschlusse gebunden würden. Genosse Thiele hat mit recht eigentümlich Gesicht angeführt, die Süddeutschen hätten durch Ausnutzung ihrer Delegiertenmacht den Parteitagbeschlusse zu ihren Gunsten beeinflussen können. Das stimmt nicht, denn hätten die Norddeutschen dasselbe getan, wäre dasselbe Verschulden der Mehrheit geblieben. Außerdem hat Genosse Thiele erklärt, daß er nicht für die Budgetbewilligung zu haben sei, weshalb nun den Weg der Vereinigung mit je eigentümlich Grundlegend, nachdem er dafür eingetreten sei? Auf den Artikel des Genossen Thiele will er nicht eingehen, sondern gleich zu der Verteidigung Thieles der Süddeutschen kommen. Die Süddeutschen hätten für die Vorstandsresolution nicht stimmen können, weil sie dadurch direkt getroffen wurden. Wollte man logisch sein, müsse man dazu kommen, daß die Resolution gar nicht anders gefaßt sein könne, um Fehler etwaiger früherer Parteitagbeschlüsse richtig zu stellen; zu erklären, etwaige taktische Fragen als nicht richtig zu bezeichnen und sie zu fortigieren. Genosse Thiele hat in seinem Referat ausdrücklich erklärt, weshalb die Süddeutschen auf Grund des Vorbereitenden Beschlusses gar nicht für die Budgetbewilligung durften. Denn in dem es die bürgerlichen Parteien für sich finden, für die Regierung einzutreten, haben unsere Genossen keine Ursache, die sie Regierungen zu stützen durch unsere Budgetbewilligung. So lokal, wie dieser Parteitag gegen die Süddeutschen gehandelt hat, ist es ungerecht zu behaupten, der Parteitag habe die Süddeutschen majorisiert, sie in eine Zwangslage zu bringen versucht. Die Ausführungen zweier süddeutscher Landtagsabgeordneter habe verlesen, aus welchen Gründen die Süddeutschen auch in der Öffentlichkeit hätten die Nichtbewilligung für berechtigt erklären können, so daß kein Genosse ihnen würde Vorwürfe machen können. Genosse Thiele hat immer wieder hervorgehoben, die Budgetfrage sei nur ein taktische Frage. Aber er selbst habe dann durch seine weiteren Ausführungen bewiesen, daß durch das Verhalten der Süddeutschen, für das Genosse Thiele ein Budget zu stimmen, das Prinzip verletzt worden ist. Kennen wir das Verhalten der Süddeutschen gut, dann machen wir dasselbe, was die Liberalen tun. Wir machen das durch aber die Arbeiterkraft unklar, halten sie über unsere grundsätzliche Haltung dem heutigen Klassenstaat gegenüber im Dunkeln. Daß die Süddeutschen nicht notwendig haben, ihren Regierungen besonders wohlwollend gegenüber zu stehen, beweist das Verhalten dieser Regierungen, die bei allen Gelegenheiten die die Budgets zu bewilligen. Deshalb mußte dem Parteitag das Recht gegeben, ihnen zu sagen, ihr habt eine Dummheit gemacht, ihr habt gegen die liberale Resolution gehandelt. Statt dessen erklären die Süddeutschen nach Annahme der Resolution, daß sie zwar in Reichsfragen dem Parteitag das Recht zugestehen, Maßnahmen zu treffen, in den Einzelstaaten müßten sie sich aber freie Hand behalten. Das war unantastbarlich und den Parteinteressen zuwiderlaufend. Man hat diese Erklärung nur als eine Verlegenheitsklärung angesehen, aber nach der neuerlich gemachten Erfahrung und nach der Haltung des Genossen Thiele muß man behaupten, daß diese Erklärung nicht nochmals auf dem Parteitag erörtert worden ist. Auf alle Fälle hat der Parteitag so gehandelt, wie er nicht anders handeln konnte und durfte.

Genosse Kurrer: Die sehr wichtige Tagesordnung und einige persönliche Gründe haben mich veranlaßt, nach hier zu kommen. Den Ausführungen des Genossen Dreiser könne er sich nur anschließen, nicht in den Ausführungen des Genossen Thiele, die zu einer Erweiterung Veranlassung geben müßten. Schon eine Notiz des Volksblattes vor dem Parteitag, der Franz. Tagespost entnommen, habe die Berliner in häßlicher Weise verächtlich, und heute habe Genosse Thiele das, wenn auch in vornehmerer Form, wiederholt. In Wirklichkeit haben die Berliner, wenn man den Vortrag in Anwendung bringe, den Vorteil, haben aber auch schon heute wie die Süddeutschen von ihrem Rechte keinen vollen Gebrauch gemacht. Von einer Uebervertretung der Süddeutschen könne also keine Rede sein. Das selbe sei mit den übrigen von Genossen Thiele vorgebrachten Gemeinplätzen. Er geht dann auf die übrigen Vorwürfe Thieles ein, die er den Genossen bei Abänderung ihrer Taktik in bezug auf die vertriebenen Maßlen machte. Wenn Genosse Thiele auf dem Standpunkt steht, wie er in seinem Artikel ausführt, daß die Süddeutschen mit ihrer Erklärung doch im Rechte seien und zur Geltung kommen werde, so muß man sich verwundern fragen, weshalb er dann noch die Budgetbewilligung nicht klipp und klar gutheißt. Der Artikel war also provokierend, auch der Resolution des Parteivorstandes gegenüber. Lieber Prinzip und Taktik, wie sich Genosse Thiele ausgesprochen hat, müsse er bemerken, daß wir als Prinzip das auffassen, was im Programm niedergelegt sei. Den Begriff des Prin-

zips in wissenschaftlicher Beziehung zu erklären, ist nicht in einer Vollversammlung möglich. Doch möchte er nur bemerken, ein Prinzip, ein Grundfals, sei wohl unabweislich, das bei weite die Förderung im Programm über den Achtungentag, des Propaganda und anderes. Die Taktik werde immer befristet hat dem Prinzip unseres Programms, haben die Süddeutschen übersehen, denn es ist ein unserer Programmforderungen werde auch in Süddeutschland erfüllt. Bei der Budgetbewilligung haben die Süddeutschen für die Willkür des Monarchen gestimmt, für Ausgaben für die Kirche, für die Steuerfrage usw. Wie kann man also ein solches Gesamtbudget bewilligen? Nun sagt man aber, die süddeutschen Regierungen hätten keinen Einfluß auf Steuer und Marine. Aber sie haben doch Vertreter im Bundesrat, und diese gehen mit der reaktionären preussischen Regierung in dieser Beziehung durch die Deckung und Dumm. Auch die Potenzen seien ein Herz und eine Seele. Man behaupte auch, eine Budgetverweigerung fände kein Verständnis bei den süddeutschen Genossen. Das glaube kein Mensch, oder man müsse die Arbeiter dazu erziehen, daß sie es verstehen lernen. Weiter wurde ausgeführt, Theorie und Praxis liegen hart beieinander. Wenn man behaupte, daß die Süddeutschen recht gehandelt haben, dann sei unser Programm nichts mehr, denn dann weg damit. Nein, Effektivität, Herangehung zweifelsakter Persönlichkeiten seien die Ursachen solcher Vorgänge. Das Verhalten Thieles ist heute ein ganz anderes als auf dem Parteitag, wie auch seine dort eingereichte Resolution beweise, die folgenden Worten laute: „Der Parteitag erklärt, daß die Zustimmung oder abweichende Haltung der parlamentarischen Fraktionen gegenüber dem Budget eine Frage der Taktik ist. Der Parteitag beschließt deshalb, daß die Entscheidung in dieser Frage den Fraktionen in demselben Umfang zusteht wie die Stellungnahme zu allen anderen parlamentarischen Vorlagen und Gesetzentwürfen.“ Man vergleiche nun das heutige Verhalten Thieles und seine heutige Resolution mit der obigen. Das sei ein Widerspruch, der zu denken gebe. Ein Parteitagbeschlusse müsse so lange unabweislich Geseh sein, als er nicht durch einen anderen aufgehoben sei. Stehen Sie fernherzu zum Programm, dann wird es zum Vorteil der Partei sein. (Lebhafter Beifall.)

Die inzwischen eingegangene Resolution des Genossen Thiele lautet: „Die heutige Verammlung des Gesamten Vereins für Deutschlands Reichsreform erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden. Wenn sie auch anerkennt, daß die süddeutschen Landtagsfraktionen bei der Budgetbewilligung gezwungen haben, damit den Interessen der Arbeiter und der Partei am besten zu dienen, ist die Verammlung doch der Ueberzeugung, daß es dem Wesen der Gesamten Partei entspricht, dem Klassenstaate die Mittel zu verweigern.“

Genosse Boh: In Nr. 212 des Vorwärts erschien folgende Notiz:

Eine am 2. September im Volkspark zu Halle tagende Sitzung der Agitationskommission des Regierungsbezirks Merseburg, an der außer den zur Kommission gehörenden Vorsitzenden der acht Wahlkreise auch die Redaktion des Halleischen Volksblatts teilnahm, unterzog die unklare und jeder Richtung entbehrende Haltung des Halleischen Volksblatts in Sachen der Budgetbewilligung der süddeutschen Landtagsabgeordneten einer scharfen Kritik. In einer einstimmig gefaßten Resolution sprachen die Anwesenden ihre Mißbilligung über die Art und Weise der Behandlung dieser äußerst wichtigen Frage aus.

Der anwesende Vertreter der Redaktion, Genosse Fröhlich, erklärte, dafür besorgt sein zu wollen, daß Wandel geschaffen würde.

Ich erwarte nun, daß sich die Redaktion darüber äußert und beantrage deshalb, daß der anwesende Redakteur Fröhlich dazu priidit.

Genosse Reivand stellte fest, daß diese Notiz nicht von Halle aus dem Vorwärts eingegangen sei, sondern daß auf Befehl Genosse Müller-Schneidts als der Einsender bezeichnet worden sei.

Genosse Albrecht erwidert dem Antragsteller Boh, daß sich bereits Genosse Däumig von der Redaktion gemeldet habe und jetzt zum Wort kommen werde.

Genosse Boh war damit, wie er später erklärte, zufrieden, und damit war der Zusammentritt erledigt.

Genosse Däumig bekennt sich als Verfasser der Resolution, daß der Vorstand auf eine Anfrage seine solche verfaßt hatte, was kein Mißverständnis gewesen wäre. Auf die Notiz im Vorwärts habe er zu erklären, daß kein einziger Genosse in Halle Verfasser derselben sei, sondern der Genosse Müller in Eckebüh. Auch habe Gen. Fröhlich diese in der Notiz niedergelegte Ueberzeugung nicht getan. — Genosse Thiele ging davon aus, sein Standpunkt sei der richtige, das ist sein gutes Recht. Aber auch wir nehmen dieses Recht für uns in Anspruch, unsere abweichende Meinung über die Budgetfrage als die richtige anzunehmen, da wir der Meinung sind, daß in der Budgetbewilligung ein Vertrauensvotum für die herrschende Gesellschaft liegt. Da wir eine Welt erobern wollen, die sehr richtig Gen. Thiele sagt, können wir unmöglich der herrschenden Gesellschaft Konzessionen machen. Nicht nur die Norddeutschen seien unzufrieden gewesen sondern auch die Süddeutschen. Beide haben bei

Hempelmann & Krause, Halle a. S., Kleinschmieden 5,
Eisenwaren- u. Werkzeughandlung, Magazin für Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan- und Kristallwaren
empfehlen

sämtliche Bedarfs-Gegenstände für den Umzug.

Gardinestangen, Gardinenrosetten, Rollo-Einrichtungen, eiserne Bettstellen, Kleiderleisten, Kleiderständer, Wasch- u. Wringmaschinen, Wäscherollen, Plättbretter, Plätten; zu Geschäfts-Einrichtungen: Tafel- u. Decimalwaagen, Gewichte, Gemesse, Abwiegelöffel, Mess-Apparate, Stufenleitern, Sackkarren, Kopierpressen, Gruden, eiserne Oefen, Kochherde, Gasöfen und Gasherde, Schaufeln, Spaten, eiserne Ketten etc.

Prima Solinger Stahlwaren zu billigsten Preisen.



In gewisser Zeit nur eine bestimmte Quantität Wasser. Schaber-
mächtige Beute sollen auch auf einen Brunnen in den Brunnen
genießen haben. Hauptmann Kiehl ließ deshalb an einem
Brunnen defamant machen, um für den Brunnen
Wasser nicht entnehmen. Gegen diese Anordnung hatte nun
Frau Kiehl geklagt, die aber mit keinem Gedanken bei der
Entnahme des Wassers daran gedacht hat, sich des Dieb-
stahls schuldig zu machen. Auch den Staatsanwalt wollte es
nicht in den Sinn, wegen des Diebstahls die Frau in
das Gefängnis zu setzen, da doch der Diebstahl nur auf
Gefängnis erkannt werden kann. Er begab sich schließlich zu
Mittwoch die Wasser eine fremde bewegliche Sache. Wasser
ist aber auch ein Nahrungsmittel und die Sinne die Angeklagte
wegen Mordmordes betraffen werden, insofern eine Gehe-
straße von 10 M. beantragt wurde. Das Gericht kam aber
noch auf einen anderen Gedanken. Es erachtete weder Dieb-
stahl, noch Mordmord, sondern Ausreißerbruch als vorlie-
gend, da die Angeklagte unbefugt das Geschäft des Hauptmanns
Kiehl betreten hatte um insbesondere Wasser zu entnehmen.
Das schmerzte wiederum wurde dadurch gelöst, daß die Ange-
klagte zu 3 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Wettin, 26. Sept. Das leidige Spiel mit Petroleum und
Streichhölzchen hat hier wieder Unlust angebracht. Ein acht-
jähriges Mädchen einer Arbeiterfamilie war mit seinen jünge-
ren Geschwistern allein zu der Wohnung zurückgelassen worden.
Da schüttelten zum Heiterheit die Kinder Petroleum in ein
Ermittlungsgeschäft und zündeten es an. Infolge dessen waren
vergeblichen Versuchen endlich an. Dabei wurde das Mädchen
von der Flamme erheblich am Arm und Rücken verbrannt,
ebenso das Paar. Glücklicherweise scheinen die Verletzungen
keine schweren zu sein. Welches Unglück hätte aber entstehen
können, wenn das Feuer auch die anderen Kinder ergriffen
hätte?

Stadt-Theater.

Der Besuch der gestrigen Vorstellung, des ersten Operen-
abends in dieser Saison, konnte den Schluss zulassen, daß die
Operette **Ein Halbzehner** von Oskar Strauß ihre
Zugkraft eingebüßt habe, und daß das Publikum in den
Wochen, die jetzt herüber gehen, wieder Williamina in die
Welt zu quakt und dabei überflüssig sei. Wir können
aber noch nicht so recht an diese Ueberflüssigkeit glauben und
fügen den schwachen Besuch der gestrigen Vorstellung nicht
auf eine Korrektur des Geschmackes sondern auf die Aufhebung
des Abonnements, das freundliche Sonntagmutter und andere
Umstände zurück. Obwohl die Operette in der vorigen Spiel-
zeit ein volles Haus und wertvolle Aufführungen erlebt hat,
wird sie auch in dieser Saison noch überflüssig genug finden: eine
Walzermelodie und Operettenpaße ziehen beim Durchschnitts-
publikum immer noch mehr als Erzeugnisse edler dramatischer
Kunst.

Die gestrige Aufführung der Operette litt an mancherlei
„Unheimlichkeiten“. Vor allem fehlte recht der nötige Kon-
takt zwischen Orchester und Bühne. Es kam sogar, besonders
am Schluss des zweiten Aktes, zu recht peinlichen Störungen.
Demgegenüber waren die Einzelleistungen recht gut. Vor
allem ist hier Frau von Beyer zu nennen, deren Stimme an
Reinheit und Wohlklang gewonnen hat, und die in ihrem Spiel
die sich nach Liebe sehende Prinzessin Helene in echt frauen-
lich und sympathischer Weise zu verkörpern wußte. Auch
Herr von Beyer hat sich in der Rolle des Prinzen durch
Wirklichkeit und verstand die schlauesten und sentimentalsten
Seiten dieser Rolle gut herausgearbeitet. Auch stimmlich ist
sie recht gut ausgestattet, mit ihrer Organ in den hohen Lagen
auch etwas scharf und unrein klug. Nebenfalls hat sich die
neue Sourette gestern recht gut eingefügt. Dasselbe gilt auch
Herr Walter Hies, die als Oberammergau-
Friederle lebendiges Spiel und eine umfangreiche und wohl-
lautende Stimme zeigte. Herr Lena und Herr Stabler
gaben wieder ihr möglichstes, dröckige Serenismus-Figuren und
Kavalier zu produzieren. Auch die kleineren Rollen waren
durch die Damen Amberg, Meyer und die Herren Nico-
lai, Söhren um gut besetzt. Die Chöre verkörpert hier
und da, aber nicht durch ihre Fähigkeit, ihre Aufgaben
Orchester, hielten sich aber sonst recht gut. Die Ausstattung
war wie immer pompös.

Parteienströmen.

Die Bayern unternehmen sich nicht der Budgetresolution.
Der Landesvorstand der bayerischen Sozial-
demokratie erläßt folgenden Aufruf:

Sozialdemokratische Partei Bayerns! Der Vorstand der
Gesamtpartei hat einen Aufruf erlassen, in dem die Partei-
genossen aufgefordert werden, die Beschlüsse des Nürnberger
Parteitages in die Tat umzusetzen und den gemeinsamen
Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes mit ver-
stärkter Kraft fortzusetzen. Wir können uns diesem Aufruf
nur angeschlossen und die Mitglieder unserer Landesorgani-
sation zu seiner Befolgung auffordern. Nur ein Punkt
bedarf einer Klärung und Wichtigkeit. Er
bezieht sich auf die Frage der Budgetbewilligung. Der Vor-
stand der Gesamtpartei spricht die Erwartung aus, daß der
Vortrag in dieser Frage gefasste Beschlüsse von allen
Genossen befolgt werde. Dies wird auch unsererseits sicher
geschehen, da der Meinungsabdruck einer Parteitagsschrei-
bung stets Anspruch darauf hat, mit Zustimmung
gehört zu werden. Auch da, wo er nicht bindend
wirken kann, und das ist in bezug auf die
Budgetbewilligung der Fall. In Übereinstim-
mung mit der von den süddeutschen Delegierten in Nürnberg
abgegebenen Erklärung erkennen wir dem deutschen Partei-
tag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die
oberste Entscheidung in all den prinzipiellen und in den
tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich betreffen.
Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen An-
gelegenheiten der Landespolitik die Landes-
organisation die geeignete und zutreffende Instanz ist,
die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang
der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbst-
ständig zu bestimmen hat und daß daher die jeweilige Ent-
scheidung über die Budgetbewilligung dem pflichtgemäßen
Ermeßen der den Landesorganisationen verantwortlichen
Landtagsfraktionen vorbehalten bleiben muß.

München, 26. September 1908.
Mit Parteitag
Der Landesvorstand.
Der Borswärtis knüpft hieran folgende Bemerkung, der wir
in vollem Umfang zustimmen:
Dieser Aufruf des bayerischen Landesvorstandes ist im
wesentlichen eine Wiederholung der Erklärung der 66, die dar-
durch nicht besser wird. Wir können daher auch nur mit aller
Schärfe wiederholen, daß wir zur Erklärung der 66 und zu der
Auslegung, die die Parteioorgane von München, Nürnberg und
Mannheim ihr und dem Schweigen des Parteitages nach ihrer

Abgabe haben, bereits gesagt haben: Die Partei würde
sich selbst aufgeben, wenn sie die Sitzung des
Majoritätsprinzips innerhalb ihrer Organi-
sation antastet liese."

Gang verläuft ist die Behauptung des Landesvorstandes, daß
über die Haltung der Landtagsfraktionen, überhaupt über die
Landesangelegenheiten nur die Landtagsorganisationen, nicht
die Gesamtpartei zu entscheiden habe. In die Einzelheiten
der Landesangelegenheiten wird die Vertretung der Gesam-
tpartei selbstverständlich niemals hineinreichen. Wohl aber hat
sie das Recht, darüber zu urteilen, ob sich die Vertretung der
Landesorganisation innerhalb des Rahmens der Parteigrund-
sätze und der Beschlüsse der Gesamtpartei hält. Die Landes-
organisationen und die Landtagsfraktionen können selbständig
sein in inneren Angelegenheiten, die durch Parteigrundsätze und
Gesamtpartei-Beschlüsse gezogen werden. Reichsrecht geht vor
Landrecht — auch in der Partei. Das ist selbstverständlich
und wer die Einheit der deutschen Sozialdemo-
kratie will, der darf daran nicht rütteln!"

— In Eppingen hielten am Sonntag vor acht Tagen und am
letzten Mittwoch die Bezirkskommissionen der Bergischen
Arbeiterstimme und der Rheinischer Arbeiter-
zeitung unter Beteiligung von Vorstand und Aufsichtsrat
der Genossenschaftsbürokratie über die Stellungnahme der Ar-
beiterzeitung Sitzungen ab. Zu der Sitzung am Mittwoch
waren auch die Parteimitglieder von Rheinisch und Eppingen
hinzugezogen worden. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die heutige Sitzung der Bezirkskommission und Parteimit-
glieder steht auf dem Standpunkt der Dresdener und Nürn-
berger Parteimitglieder, erklärt die bisherige Haltung, wie
sie der Mehrheit der Partei beizubehalten, für die Genossen für
bindend und beklagt für die Folge, daß in dieser Auffassung
die Bergische Arbeiterstimme zurückgeblieben ist.

Der politische Redakteur, Genosse Hilbrand, hatte
vorher die Erklärung abgegeben, daß er nicht in der Lage sei,
die Nürnberger Resolution zu vertreten. Durch den Beschluß
der Aufsichtsbürokratie wird somit eine Änderung in der Zu-
sammensetzung der Redaktion notwendig.

— Der sozialdemokratische Verein Langensudow nahm am Frei-
tag in sehr gut besuchter Versammlung den Bericht der Dele-
gation vom Nürnberger Parteitag entgegen. Genossin Grei-
enberg und Genosse Walter legten die Gründe, die sie
für die Resolution des Parteivorstandes und der Kontroll-
kommission zu stimmen veranlassen, in eingehender Weise dar.
Landtagsabgeordneter Genosse Kollmann vertrat mit
Wärme den Standpunkt der Minderheit. Nach einer Reihe von
Rednern, die teils für, teils gegen die Stellungnahme der Süd-
westdeutschen fröhen, die aber alle für fruchtbar Durchsührung der
Beschlüsse der Parteimitglieder eintraten, wurde die Versammlung ab-
gebrochen, und soll sie am 8. Oktober zu Ende geführt
werden.

Volkswirtschaftliches.

Wärrn-Gebirde.

Was bei dem günstigen Ausfall der Ernte zu erwarten war,
ist eingetroffen: die Ausfuhr von Getreide nimmt einen be-
achtlichen Umfang an. Riefenmengen von Brotgetreide
sind seit dem August dieses Jahres bereits exportiert worden,
unabhängig hält diese stürmische Ausfuhrstätigkeit an. Die
Eisenbahnvermögen den gewaltig gesteigerten Verkehr auf
den in Frage kommenden Linien verlor nicht mehr zu be-
achtlichen, schon seit einiger Zeit erfolgten Transportleistungen,
besonders auf den nach den Ostseehäfen führenden Strecken. In
Danzig und Stettin wurden Ausnahmestrecken erlassen, weil
die anliegenden Getreideballons nicht entladen werden konn-
ten. So bestand für Danzig die Sperre vom 8.—10. Sep-
tember, in mühe die Zeit vom 18. September an erneuert
werden, alle Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung zur Be-
wältigung des Ausfuhrverkehrs blieben unzureichend.

Die Folgen des durch Exportprämien und billige
Exporttarife verhängten Zollwunders beginnen sich in der
Preisgestaltung erst langsam zu äußern, da in der ersten Zeit
nach der Ernte das Inlandsangebot auf den heimischen
Märkten naturgemäß noch stark genug ist, um einer rapiden
Preissteigerung vorzubeugen. Doch in den nächsten Monaten
werden die Wirkungen der gleichsam unbeschränkten Ausfuhr von Brot-
getreide auf den deutschen Märkten um so scharfer hervortreten.
Der enorme Exporterlös (schaltet den regulierenden Einfluß
des guten Ernteausfalles völlig aus, er entblößt die heimischen
Märkte von inländischer Ware so stark, daß dem schlimmsten
Wucher Tor und Tür geöffnet wird, in der Zeit vom 1. August
bis 10. September wurden in Doppeltmehrmal ausgeführt:

	1908	1907
Roggen	912 609	222 250
Weizen	290 102	155 116

Die Roggenausfuhr hat sich seit dem 1. August gegenüber dem
Vorjahr verdreifacht, die Weizenausfuhr gegenüber dem
Vorjahr nicht nur verdreifacht, sondern auch um ein beträcht-
lich darauf zurückzuführen, daß noch eine gewisse Unsicherheit
über den Ausfall der Qualität besteht, da für den Export nur
die beste Ware verwendbar ist. Die bisher ausgeführten
Mengen bestehen also aus den besten Sorten, die dem Auslande
zu billigen Preisen referiert bleiben, während das deutsche
Volk für mindere Qualitäten des im eigenen Lande erzeugten
Brotgetreides Hungerpreise bezahlen muß.

Um die Gemeingefahr des wilden Getreideexportes zu er-
kennen, bedarf es nur des Hinweises, daß bei einer guten
Ernte Deutschland mindestens ein Drittel seines Weizen-
konsums im Auslande decken muß, und daß selbst unter sehr
günstigen Verhältnissen die inländische Roggenzeugung nicht
zur Befriedigung des Bedarfs ausreicht. Außer der normalen
Einfuhr wird in diesem Jahre Ertrag für das in Massen künst-
lich nach dem Auslande herausgeschaffte Brotgetreide einge-
führt werden müssen, damit ist bis von den Exporteuren an-
gebrachte Werbedingung erreicht, um den Preis auf den deut-
schen Märkten niedrig zu halten, die Höhe der deutschen Zollsätze
über den Weltmarktpreis zu halten.

Amitten der wirtschaftlichen Krise wird diese Veranlassung
des erwerbsfähigen Volkes unternommen, dem Elend der Ar-
beitslosigkeit, der Schmälerung des Einkommens gefolgt sich
der staatlich konfessionellen und mit Staatsmitteln prämierte
Votivwucher hinzugeben. Es gibt kein zweites Land in der ganzen
Welt, das wie Deutschland Riefenmengen Brotgetreide expor-
tiert, obwohl es zur Deckung seines Konsums auf eine sehr be-
deutende Einfuhr angewiesen ist. Keine zweite Regierung der
Welt würde es wagen, die Getreideausfuhr durch Export-
prämien, die sich für die ganze Weizen auf 56 Mark, auf die
Zonne Roggen auf 50 Mark belaufen, und durch billige Export-
tarife für die bewundernswürdigen Exporteure locken zu lassen.
Was durch die hohen Zölle und die Exportprämien noch nicht
ganz erreicht wird, wird den Großgrundbesitzern und den Ge-
treidehändlern in den Seehäfen durch die billigen Export-
tarife gewährt. „Reicht der Fremde, so schreibt die liberale
liberale Volkszeitung in ihrem Handelsblatt, Roggen und
Weizen der Vater aus der Provinz Posen, Pommern oder

anderen östlichen Distrikten, so fährt ihm der deutsche Eisen-
bahnführer die Ware zu billigerem Tarif, als er dem deutschen
Heimverbraucher. Er spekuliert dadurch dem Auslande enorme
Frachtkontingente, und er lenkt die Getreidemengen unter Be-
nutzung der billigen Ausfuhrkraft nach der Mitte, während er
sie vom Inlande, wohin die regredierte Nachfrage zu bezahlen wäre,
verkauft. Was die Exportvergütung vielfach noch nicht im-
hinreichend ist, verleiht zur Verschärfung zu bringen, das tollente
die billige Fracht, die wahrscheinlich kaum mehr, wenn überhaupt,
die Kosten deckt."

Der Winter naht, das Heer der Arbeitslosen wächst, zahllose
Familien, Frauen und Kinder stehen dem grauen Elend gegen-
über, zu dessen Bänderung dieser Regierung und Gemeinden
wenig oder gar nichts getan haben. Die Verarmten der
bringenden sozialen Verhältnisse steht die Tariffrage gegen-
über, daß im Interesse des Großgrundbesitzers ungeachtet
Millionen aus Staatsmitteln gezahlt werden, um dem Volke
das Brot zu verteuern. Jenseits geht das Volk die Kosten,
einmal in Form der Exportprämien und billigen Eisenbahn-
tarife, dann durch die damit zur Arbeiterhöhe heraufgetriebenen
Getreidepreise.

Die Reichsregierung hat erst vor kurzem erklären lassen, daß
eine Aufhebung der Exportprämien und der Getreideaus-
fuhrtarife nicht zu denken sei. Doch ist es Zeit, um durch eine
massive Protestbewegung des werktätigen Volkes die
schärfste Gefahr zu verhüten, überall sollte der Sturm er-
zittern: Hilfe für die Arbeiter führt zu dem Getreide-
wucher, den Exportprämien und Ausfuhrtarifen.

Aus dem Reiche.

Dresden. Für die Reichsverbandsliste. Der erste
Gemeindeausschuss (Vertreter des Gemeindevorstandes) Radmer
Krause (Schnee), der noch das Amtlich der Steuer-
einkünftekommission war, wurde wegen abgelauner
Steuerhinterziehung zur Rückzahlung von 1200 M.
Hinterzogen Steuern „verurteilt“, bleibt aber im Besitz aller
Ehrenämter und auch Mitglied der Steuerbefreiungskommission.
Er ist ein engagierter Gegner der Sozialdemokratie.
Zuletzt der 2. 175. Das Kriegsgericht der 22. Division
verurteilte den Leutnant Adam vom 88. Infanterieregiment
wegen Vergehen nach § 176, angeblich an Untergebenen, zu
drei Monaten Gefängnis und Verlust des Offizierspatents.

Münster. Ein Bürger zu Hause. Die Strafkammer
verurteilte den Wegerehrer Sebastian Weste, bei dem der
Bürger der 2. 175. Das Kriegsgericht der 22. Division
verurteilte den Leutnant Adam vom 88. Infanterieregiment
wegen Vergehen nach § 176, angeblich an Untergebenen, zu
drei Monaten Gefängnis und Verlust des Offizierspatents.

Vermischtes.

- * Eisenbahnunfall in Amerika. Auf der Nordpazifikbahn
verunglückte bei Youngpoint ein Eisenbahnzug, 19 Personen
wurden getötet, viele verletzt. Die Trümmer des Zuges ge-
rieten in Brand.
- * Eisenbahnunfall in Ungarn. Bei Neupetz stießen zwei
Güterzüge zusammen, drei Bahnangestellte wurden verletzt.

Septe Nachrichten.

Berlin, 28. Sept. Zu der Katastrophe auf der
H o b a h n wird noch weiter gemeldet: Die Toten sind jetzt
sämtlich im Späthause untergebracht. Die entlegenen verstim-
mten Leichen sind vollständig beklagt, aber im Laufe
des heutigen Tages freigegeben worden. Die Beerdigung der
einigen Toten wird voraussichtlich am Mittwoch oder Don-
nerstag stattfinden. Von den Schwerverletzten dürften zwei
am Leben und leben davonkommen. Sie befinden der über-
gen Patienten ist im Laufe des gestrigen Tages eine Besse-
rung eingetreten. Die Ursache der Katastrophe kann jetzt
als völlig geklärt gelten. Durch die politische Vernehmung
des Meteorologenführers Scheibel und des Mitfahrers Wende
wurde geklärt festgestellt, daß die beiden in Betracht kom-
menden Signale für den Zug vom Weizsager Bahnhof auf Halt ge-
standen haben. Während Wende seine Mißachtung bald ein-
mal, sagt Scheibel einwundernd. Nach längerer Zeit stand er
aber, daß ihm die Hauptschuld treffe. Daraufhin wurden beide
verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Graubenz, 28. September. Das Kriegsgericht der 35. Division
verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Sergeanten
Jähle vom 129. Infanterieregiment wegen Mißhandlung
und Befehligung Untergebener zu einem Jahre Gefängnis und
Degradation. Die Mißhandlungen erfolgten innerhalb dreier
Jahre an 153 Leuten in über 500 Fällen. Der Feldwebel
Jähle wurde wegen Unterdrückung einer ihm wegen Jähle
gemachten Meldung zu sechs Wochen, ein Wachtmeister zu vier
Wochen gelinden Arrest verurteilt.

Bretzberg, 28. Sept. 83 Soldaten des Eisenbahndivisions
wurden vorgeführt von Hies mit der transportierten Eisen-
bahn nach Hiesbach gefahren. Durch ein feindliches Feuer
hat man sich schneller zum Ziel zu gelangen, abgeköpelt.
Mit Hiesfelden raste der Wagen dahin, entgleiste aber erst
einer Kurve. 70 Soldaten wurden fürchterlich zugerichtet; 13
tötlich verwundet. Fast alle haben Beine, Arme und Rippen-
brüche erlitten.

Briefkasten der Redaktion.

- Freuer Abonnent. Sie müssen erst den Schuldner be-
fragen, um ein vollstreckbares Urteil in Händen zu haben, dann
können Sie das Geld bis zur Befriedigung Ihrer Forderungen
behalten.
- H. S. Ammerberg. Solche Privatangelegenheiten eignen sich
nicht für das Blatt.
- S. in N. Dieser Schaden hat der Wirt zu tragen.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Informativen der heutigen Nummer werden folgende Ver-
sammlungen veröffentlicht:
1. Allg. Allgem. Konsumverein, Sonntag, 4. Oktober.
2. Arbeiter- u. Bauernvereine, Sonntag, 4. Oktober.
3. Arbeiter- u. Bauernvereine, Sonntag, 4. Oktober.
4. Arbeiter- u. Bauernvereine, Sonntag, 4. Oktober.
5. Arbeiter- u. Bauernvereine, Sonntag, 4. Oktober.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Kämmig in Halle.

Zeit- und Kraft- Erhalten, Schonung
der Stoffe und Er-
zielung einer blendend weißen Wäsche auch ohne Bleiche, das sind
die Hauptvorzüge des Dr. Thompsons Seifenpulver,
Walter Schwan. Beweis: Millionen von Hausfrauen brauchen
es täglich! — Überall zu haben.

Verbrechen und Strafe.

Ueber die Ursachen des Verbrechens und die Mittel zu seiner Bekämpfung hat die kriminalistische Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten hervorragende Fortschritte gemacht, deren Ergebnisse eine gründliche Revision der noch heute herrschenden Auffassung über das Wesen des Verbrechens und der Verbrecher und eine gänzliche Reorganisation unserer Justiz verlangen. Denn unsere heutige Justiz ist noch aufgebaut auf ganz mittelalterliche Anschauungen vom Verbrechen und auf dem Vergeltungsdenken, sie trägt daher auch noch ein wenig menschliche Gespräche, das den Menschen der Zukunft zweifellos nicht minder barbarisch erscheinen wird, als uns heutigen Menschen die mittelalterliche Justiz. Die Sozialdemokratie hat von jeher die Anschauung vertreten, daß die Verbrechen ihre Ursachen in den sozialen Zuständen einer Zeit haben, die Verbrecher Produkte, Opfer der jeweiligen Gesellschaftsordnung sind und die Beseitigung der Verbrechen nur durch die Beseitigung der ungesunden sozialen Zustände erreicht werden kann. Alle wissenschaftlichen Forschungen der jüngsten Zeit haben diese Anschauungen bestätigt und nun kommt auch ein deutscher Staatsanwalt, der in einem großen wissenschaftlichen Werke die Ergebnisse aller dieser Forschungen einheitlich zusammenfaßt und sie geistlich und geordnet wiedergibt, zu dem Resultat: Die Verbrechen sind eine soziale Notwendigkeit, die Strafen sind wirkungslos und daher ungerecht, unsere heutige Gesellschaftsordnung ist unfähig, sie erzeugt die Verbrechen, der kommende soziale Staat wird sie im wesentlichen überwinden!

Das Wesen von dem Dresdener Staatsanwalt Dr. Erich Wulffen herausgegebene Werk über die Psychologie der Verbrecher*) kommt sehr gelegen vor den Beratungen über die Reform des Strafrechts. Daß ein deutscher Staatsanwalt aus seiner wissenschaftlichen Erkenntnis heraus und voll echter, ungeschönter Menschlichkeit sich der Rechtsbrecher annimmt, die wichtigsten Anklagen der Gesellschaft, den Verfassenden und Befehlenden und dem Staate ins Angesicht schleudert und eine gänzliche Beseitigung unseres heutigen Strafrechts verlangt, an dessen Stelle ein mildes, humanes Sicherungssystem treten müsse, ist schon ein nicht geringes Ereignis, das in der Welt der Juristen nicht ohne Eindruck bleiben wird. Aber das streng wissenschaftliche Werk enthält auch eine Menge so beweiskräftigen Materials, daß die alte, überlebte, aber immer noch herrschende Auffassung über das Verbrechen dagegen nicht mehr standhalten kann.

Der Staatsanwalt Dr. Wulffen ist Experte, was bei der Beurteilung seiner Arbeit berücksichtigt werden muß. Es gibt

*) Psychologie des Verbrechens. Ein Handbuch für Juristen, Ärzte, Pädagogen und Gebildete aller Stände. Von Dr. Erich Wulffen, Staatsanwalt in Dresden. Zwei Bände. Preis 25, geb. 30 M. Verlegt bei Dr. P. Langenscheidt, Großlichterfelde-Df.

nur eine Menschenart. Wir haben keinen Anlaß, den Verbrecher zu verdammen oder gar zu verachten. Aber das soziale Mitleid, die reifte Frucht der Kultur, werde ihm gutteil." Das ist sein Glaubensbekenntnis, das er bereits in der Einleitung ablegt. Das physische Wesen der menschlichen Kriminalität erklärt er aus den physischen Grundgesetzen, Unfähigkeit und Verbrechen liegen nahe bei einander, aber aus den sozialen Zuständen heraus entständen mit Notwendigkeit die meisten Verbrechen. Wir haben, sagt er in seinem Schlußkapitel, nachdem er seine Behauptungen mit einem großen wissenschaftlichen Material belegt, daß „das Unfähigkeit und das Verbrechen als eine psychologische und soziale Notwendigkeit innerhalb Kultur und Geschichte kennen gelernt. Die Unvollkommenheiten der menschlichen Gesellschaftsordnung „bedingen und erzeugen das Verbrechen“. „Die Strafen sind gegenüber der psychologischen und sozialen Notwendigkeit des Verbrechens wirkungslos und deshalb nicht gerecht. Sie sind gar nicht imstande, im allgemeinen abzuwehren oder zu bessern, wenn schon sie im Einzelfalle eheres öfter, letzteres zumeilen bewirken. Das Verbrechen geht gleichwohl unerschütterlich seinen Weg. Was die Strafen durch Abschreckung und Besserung Gutes wirken, machen sie mit einer anderen Wirkung — der Erbitterung der Befragten — wieder zunichte. Nicht die Verurteilung des Verbrechens, sondern die sittliche Evolution des Menschengeschlechtes „bessert“ den Menschen und „schreckt“ ab von Verbrechen. Es wird eine wesentliche Erkenntnis künftiger Jahrhunderte werden, wenn sie angeht, daß die Wahrheit die barbarischen Strafen der jetzigen Zeit an sich vorzubereiten lassen, wie wir es heute mit der Vergangenheit tun.“ (Seite 527, VIII, 11.)

Aus dem Munde eines deutschen Staatsanwaltes haben wir noch solche Worte nicht vernommen! Entsprechend dieser Anschauung verlangt Wulffen die Behandlung der Rechtsbrecher. So haben wir den Standpunkt gewonnen, von dem allein wir die zweckmäßige und ethische Behandlung des Verbrechens ableiten können: aus der Verhältnisfrage des Menschen zum Mitmenschen, aus der allgemeinen Menschlichkeit. Die Gesellschaft müsse darauf verzichten, dem Rechtsbrecher, der sich schon selbst entehrt habe, noch eine entehrende Strafe aufzuerlegen. Der Rechtsbrecher müsse angehalten werden, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen, wo aber eine Schädigung nicht vorliegt oder geltend gemacht wurde, sei auch eine Verfolgung nicht angebracht. Gegenüber gefährlichen Verbrechern könne nur eine Sicherungsinternierung in Betracht kommen, wie sie gegenüber Geisteskranken besteht. Für die nächste Zeit schweben Wulffen Einrichtungen vor, wie sie bereits in Japan und China in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehen. Das Reformatorium von Elvira basiert bekanntlich einzig und allein auf der Idee, daß der Mensch, welcher Böses tut, ein Kranken ist, der in den meisten Fällen geheilt werden kann. Das Wort „Gefängnis“ oder „Gefangener“ wird nicht gebraucht; man spricht von dem „Reformatorium“

und seinen Bewohnern. Die Internierten erhalten eine vorzeitige Verpflanzung, sie genießen viel Freiheit und die Gelegenheit zu einer beruflichen Ausbildung. Konzerte und Theateraufführungen werden ihnen geboten usw. Die Erfolge sollen ganz überragend sein. Nur eine derartige Internierung von gemeingefährlichen Rechtsbrechern hält Wulffen für zweckmäßig und gerechtfertigt.

Die Kriminalität eines Volkes kommt nach Wulffen nicht im richtigen Maße zum Ausdruck in den Verurteilungen, auch die „latente Kriminalität“, das sittliche Niveau müsse in Betracht gezogen werden. Der wirtschaftlich Stärkere nutze die ihm dienstbar gewordenen Kräfte des wirtschaftlich Schwächeren vielfach mit einer Rücksichtslosigkeit aus, welche den Stempel der Unfähigkeit trage und die körperliche und psychische Ausnutzung füge den „Vertrauenslosen oft größeren Schaden zu, als eine nach dem Gesetze strafbare Körperverletzung“. Der Staat handele aber gar nicht anders. „Wie hat der frühere Staat nach Kräften die sittliche Evolution zu hemmen gesucht. Wie hat er sich der geistigen Auffklärung mit allen Kräften widersetzt, so daß sie das Volk ihm erst im Blutbade der Revolution abringen mußte. Nicht die Härte, sondern die Staaten haben die Menschen gemacht.“ (Seite 68, VII, 11.) Auch der moderne Staat sei vom sittlichen Ideal noch sehr weit entfernt. Er beute seine unteren Beamten und Arbeiter nicht minder aus, wie der private Unternehmer, er bereichere sich von dem unfähigen Gewerbe, fördere Spiel und Wette, zwinge gewisse Berufsstände zum Zwiespalt usw. Wulffen weist auch auf die Kinderarbeit, den Zusammenhang zwischen Nahrungsmittpreisen und Verbrechen hin und erklärt dann, die Entschuldigungen, die der Staat für sich reklamiere, daß er auch nur eine Etappe in der Autoentwickelung sei und sich in einer Zwangslage befinde, müßten auch für die Rechtsbrecher gelten: „Ich beantrage nur, daß der Verbrecher mit demselben Maße gemessen und daß seine Unfähigkeit immer im Rahmen der staatlichen Sittlichkeit, von der seine eigene Sittlichkeit nur ein Teil sein kann, gesehen wird. Da eben alles Verbrecherische als die Verletzung eines „ethischen Minimum“, aus dem Unfähigkeit hervorgeht, so müssen wir bei der Interpretation des Verbrechens als einer Aufhebung des Individualwillens gegen den geschriebenen Gemeinwillen mit Vorsicht und Nachsicht verfahren.“ Und es drängt sich die Frage auf, ob denn der Verbrecher wirklich eine so starke Abneigung von der Norm sei.

Interessant ist auch, was Wulffen von dem Einfluß der Arbeit auf die Ethik des Proletariats sagt. Dem Proletarier fehle der Segen der regelmäßigen Arbeit, auch insofern, als der Proletarier in zahllosen Fällen keine regelmäßige Arbeit hat. Auf eine Mündigung von vierzehn oder acht Tagen, oder auf gar keine Mündigung gestellt, liebt er immer vor der Gefahr, seine Arbeit zu verlieren. Unter solchen Umständen kann die Arbeit dem Charakter keinen Segen bringen. Die Arbeitsverhältnisse des Proletariats sind es also, welche seinen Charakter nachteilig beeinflussen müssen. Es ist ganz klar, daß die Wor-

Halle'sches Adreßbuch 1909.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1909 sind den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Letztere werden gebeten, die erforderlichen Angaben genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihre Gewerbe nicht zugestellt wurde, mögen auf sorgfältiges Ausfüllen der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Da die

Abholung der Hauslisten Freitag, den 2. Oktober,

beginnt, so richten wir an diejenigen Haushaltungsvorstände, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für eine schleunige Eintragung Sorge zu tragen oder uns ihre Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen. Es empfiehlt sich, die Vorbestellung auf Adreßbücher gleichzeitig in die dafür vorgezeichnete Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 1 Mark höhere Ladenpreis eintritt.

Da die Bewohner von Halle a. S. das größte Interesse daran haben, das Adreßbuch so vollkommen und zuverlässig wie nur möglich gestaltet zu sehen, dürfen wir wohl erwarten, daß a. Einwohner durch genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe unsere mühevollen und kostspieligen Zusammenstellungen unterstützen.

Halle a. S., den 28. September 1908.
Große Steinstraße 11.

August Scherl,

Deutsche Adreßbuch-Gesellschaft m. b. H.

ausgehungen für eine ethische Charakterentwicklung ungemein günstige sind, wenn der Mensch sich in geförderter sozialer und finanzieller Position befindet. Wir, die wir als Bestehende unseren jahrelangen Kontrakt fortsetzen in der Tasche haben, sollten nur einmal auf die Höhe oder schädliche Minderung geachtet werden. Das Risiko unserer Existenz würde erschieden hinauslaufen.

So erkennt dieser Staatsanwalt, daß die Besitz- und Arbeitsverhältnisse im gegenwärtigen Staat, die Worte des Instituts, das wesentlich zu verzeichnen geeignet sind, also die Verbrechen verursachen, und er hofft, daß der soziale Staat kommen würde, welcher jedem Arbeitsfähigen ein Recht und eine Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf den vollen, auskömmlichen Arbeitslohn zuerkennen würde, womit nicht alle Verbrechen... bei uns, sondern auch eine ganz wesentliche Milderung der Kriminalität eintreten würde.

Daß die Hoffnungen dieses ethischen Staatsanwaltes sich nur mit dem Siege des sozialistischen Kampfes erfüllen können, hat unseres Erachtens Herr Kaufmann in seinem interessanten Kapitel über den Staat selbst bestätigt!

Ein Kulturdokument wirtschaftlicher Abhängigkeit

ist der Vertrag, den die Stadtbahn Halle ihren Angestellten aufzwingt. Derselbe lautet folgendermaßen:

Verbandelt
Halle a. S., den 10.
bei der

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Stadtbahn Halle.
Auf Grund seiner Verwendung vorgeladen, gestelle ich heute der hiesige ... geboren am ...

1. Ich bestätige mich in dem mir gelieferten Dienstfahrschein 30 Mark ...

2. Ich erkläre hiermit an, daß ich ohne Genehmigung der A. E. G. Stadtbahn Halle private Nebenbeschäftigung nicht haben darf.

3. Ich bestätige mich in dem mir gelieferten Dienstfahrschein 30 Mark ...

4. Ich bestätige mich in dem mir gelieferten Dienstfahrschein 30 Mark ...

5. Ich bestätige mich in dem mir gelieferten Dienstfahrschein 30 Mark ...

6. Ich bestätige mich, der eingerichteten Kranenliste beizutreten und die Kranenlisten bei der Direction in der Lohnzahlungen in Bezug zu bringen und mich in die Kranenliste abzufahren.

7. Die von mir bezahlten zu zahlenden Fahrgelder sind mir amertauschtes Eigentum der Gesellschaft, so daß ich zu deren treuen und gewissenhaften Abfertigung verpflichtet bin.

8. Zu meinen Dienstobliegenheiten gehört, die ich hiermit ausdrücklich anerkenne, die pünktliche und gewissenhafte Befolgung der bestehenden oder etwa noch zu erlassenden Disziplinarrichtlinien für die Bediensteten der Stadtbahn Halle, mit deren Inhalt, sowie dieselben bereits befreit, ich bekannt bin.

9. Ich bin verpflichtet mich hierdurch, für jedes einzelne Zuwiderhandeln gegen ein bestehendes oder zu erlassendes Dienstvorschrift ein Bußgeld von 1 bis zu 10 Mark zu zahlen und ermächtigte die Direction, dessen Höhe zu bestimmen, den festgestellten Betrag mir vom Gehalt zu kürzen und für mich in die Interzessionskasse abzuführen, und entfahre hiermit ausdrücklich jeder gerichtlichen Entscheidung darüber. Ueberhaupt unterwerfe ich mich für mein Zuwiderhandeln gegen eine Dienstvorschrift der dafür vorgesehenen, von der Direction gegen mich festzusetzenden Strafe.

10. Ich bin verpflichtet

a) zur treuen Abfertigung in den Wagen zurückgebliebener oder auf andere Weise frastr meiner Stellung in meinen Besitz bezüglich meine Gegenstände kommender Gegenstände jeglicher Art.

b) der Stadtbahn Halle für alle diejenigen Schäden und Kosten aufkommen, welche ich aus meiner Dienstführung auch während der Freizeit unmittelbar oder mittelbar verursachen. Deshalb bestelle ich für alle von mir zu vertretenden Schäden und Kosten Einbußentgelt 30 Mark, welche mir in monatlichen Raten von zehn Mark vom Gehalt gestiftet werden.

Diese Aktion soll außer in dem in § 5 erwähnten Falle auch schon dann als konventionell gelten, wenn, falls mir eine Verurteilung nachgewiesen wird, unbefristet um die Höhe des Betrages. Auf keinen Fall bin ich berechtigt, die Aktion während eines laufenden Unterzungs- oder Ermittlungsverfahrens umzusetzen.

lungsvorfahren unbekannt seiner Dauer oder der Ablauf von drei Monaten nach Beendigung meines Dienstverhältnisses zurückzuführen.

10. Schließlich erkläre ich an, daß mir

a) Folgsamkeit und unbedingter Gehorsam gegen alle Vorgesetzte, Pünktlichkeit gegen sämtliche Gesellschafts-Gesamtheit,

b) anständiges, ruhiges und autoritäres Benehmen gegen die Fahrgäste,

c) Vermeidung von Panik und Streit mit Nebenangeestellten aller Dienstklassen,

d) vollständige Mithierlichkeit ausdrücklich zur Pflicht gemacht ist und ich im Zuwiderhandelsfalle dagegen, ganz besonders aber im Falle der Trunkenheit, mit un-nachlässiglicher sofortiger Dienstentlassung bedroht bin,

e) auch andere Beschäftigungen als die, welche gewöhnlich einem ... zugeworfen werden dürfen, ohne daß mir dafür eine besondere Vergütung zusteht, und daß ich vor definitiver Anstellung als Schaffner den Wagenführerdienst unter den in § 4 genannten Bedingungen erlernen muß.

11. Sollte teils der eigenhändiglichen Aufsichtsbefugnisse aus irgend welchen Gründen meine Entlassung von der Stadtbahn Halle verlangt werden (§ 63. II. der Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Rasenbetrieb vom 28. IX. 1906), so habe ich aus diesem Vertrage keine weiteren Rechte herzuleiten und kann sofort entlassen werden, ohne daß die Direction mir länger Gehalt zu zahlen braucht, als meine Dienstzeit gedauert hat.

12. Ich verpflichte mich in dem mir gelieferten Dienstfahrschein 30 Mark ...

13. Ich erkläre hiermit an, daß ich ohne Genehmigung der A. E. G. Stadtbahn Halle private Nebenbeschäftigung nicht haben darf.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Stadtbahn Halle.

Unterschrift

Wir sagen ausdrücklich: auf abwärts, denn von dem Vertrag nicht unterzeichnet, wird nicht angenommen. Nun könnte man einwenden, einen solchen Vertrag, wo die Direction alle Rechte hat, den Angestellten aber alle Pflichten aufgelegt werden, dürfte niemand unterschreiben, wenn er ihn vor dem Unterzeichnen zu lesen bekommt. So wird er aber meist mehreren Angestellten zu gleicher Zeit und in der Regel dann, wenn sie bald zum Dienst müssen, vorgelesen, recht schnell, ev. auch nicht recht deutlich, ob alles vorgelesen wird, kann niemand nachher behaupten, und mit dieser „Reinmischung“ des Vertrages wird unterschrieben. In die Hände bekommt der Angestellte den Vertrag in der Regel erst dann, wenn er entlassen wird und nun glaubt, Anspruch zu machen können. Da präsentiert man ihm den unterzeichneten Vertrag, wenn er sich aller Rechte begeben hat. Wird der Angestellte dann unermittelt, daß man ihm den Vertrag nicht vorher gegeben hat, dann heißt es: Warum haben Sie ihn nicht verlangt?

Nun zu dem Vertrag selbst. Daß die Interzessionspflicht auf die von uns geschriebene Text erlangt wird, beweist schon, daß die Rubrik Verbandelt; Halle, den ... nicht ausgefüllt ist, weil eben keine „Verbandlung“ stattfand.

Daß der Vertrag gegenwärtig, den guten Sitten nicht entsprechend ist, beweist Punkt 2, wo die Direction jederzeit zur Entlassung berechtigt ist, während der Angestellte nur Monats an acht Tage Kündigung hat, wenn der unter 2a Gehalt ohne Grund entlassen wird, er nicht in Frage, weil bei einem Angestellten, der entlassen werden soll, eben ist etwas gefunden werden kann, das für sofortigen Entlassung „berühmt“. Tatsächlich sind von den vielen Hunderten, die schon bei der Stadtbahn tätig waren, nur sehr wenige unter Beobachtung der Kündigung gegangen - worden, die Regel ist: sofortige Entlassung, oft unter den niedrigsten Gründen.

Während der „Leihzeit“ bekommt der Anzustellende keinerlei Entschädigung, aber für alle Schäden und Kosten während der „Leihzeit“ muß der Lernende nach § 9b doch aufkommen, deshalb muß er auch 170 Mark Kaution stellen, oder nicht etwa durch monatelange Bezug von zehn Mark, wie es schon in demselben Absatz heißt, sondern die muß er mindestens zur Hälfte sofort bei anderer Stelle, wenn die Direction ohne Grund entläßt, er eben nicht angeht. Die Anstellung und damit die Beschäftigung der Angestellten hängt ganz vom Ermessen der Direction ab. Schön ist auch, daß der Angestellte auf zwei freie Tage im Monat „hoffen“ darf. Ob er sie bekommt, ist eine andere Frage, denn er ist verpflichtet, auch an diesen freien Tagen Dienst zu tun, wenn es verlangt wird. Und das wird nur so oft verlangt.

Das Allerhöchste aber ist, daß die Direction die Kaution als Vertragsstrafe innebehalten kann (also ev. 170 Mk.), wenn der Angestellte ohne Kündigung den Dienst verläßt. Das steht erstens in gar keinem Verhältnis zu der horrenden Beschäftigung von 250 bis 270 Mk. pro Tag und dann, wo bleibt denn die Vertragsstrafe, wenn die Direction ohne Grund ohne Grund entläßt? Auch dieser Passus widerspricht den guten Sitten und ist ungerecht. Daß bei dieser geduldeten schändlichen Beschäftigung (denn die 3 Prozent Anteil von der Einnahme werden ebenfalls durch verschiedene kleine Einrichtungen verringert. Gatte doch ein Schaffner in zwölf Tagen nur 265 Mk. Anteil) es aber bei jeder Gelegenheit Strafen regnet, und dann in der Regel nicht unter drei Mark, sei nur noch nebenbei bemerkt. Und dann wird die Kaution unter seinen Umständen früher als drei Monate nach Auflösung des Dienstverhältnisses ausgezahlt, so daß es manchem armen Teufel unmöglich gemacht wird, eine andere Stelle anzunehmen, noch er die Kaution ev. braucht.

Der Berechtigte die Direction das ihm nicht gehörige Geld so lange dem Eigentümer vorzuenthalten.

Andere „Schönheiten“, die noch besonders erwähnenswert sind, daß der Schaffner 30 Mk. Wechselgeld aus seiner eigenen Tasche haben muß, die ihm täglich in den mit der Firma der Stadtbahn versehenen Papierfächern zur Verfügung gestellt werden, und daß der Angestellte keine private Nebenbeschäftigung betreiben darf. Bei der so horrenden Beschäftigung hat das ein Angestellter auch gar nicht nötig, es würde ihm aber bei der täglichen Arbeitszeit auch gar keine Zeit dazu bleiben.

Von anderen in diesem Vertrag grandios ausgelegten Wucherertrag enthaltenen Schönheiten wollen wir gar nicht reden, die kann jeder Leser selbst herausfinden.

Es ist anzusehen eines solchen Arbeitsverhältnisses die Stadtbahn hat keine Laubenzweige, ich kann mich ausgiebig dieses Vertrages nur zu gut versehen. Bemerkenswert ist nur noch zum Schluß, wie die rigorosen Bestimmungen dieses Vertrages mit seinen Strafbestimmungen es mit sich bringen, daß die Wagenführer bei einer Verpötung durch schnelles Fahren versuchen, der Strafe zu entgehen, denn selbst bei einer Minute Verpötung gibt es Strafe, während bei längerem Fahren über die Dienstzeit hinaus es keine besondere Vergütung gibt. Durch das schnelle Fahren werden oft Unglücksfälle verursacht, die vermieden würden, wenn das Straffolken nicht zu sehr ausgeprägt wäre. Im Interesse der Sicherheit des Publikums, wie im Interesse der Angestellten, die es dringend notwendig ist,

die Aufsichtsbefugnisse den Richtigen bei der Stadtbahn, herbeigeführt durch den Vertrag und noch andere Umstände, einmal ein wirklich aufmerksames Auge zuwenden möchte

Berichtsaal. SÄWIRGERICH.

Halle, 28. September.

Der Bericht fügte wieder Sondergerichtsrat P. 2 a. b. die die Verhandlung Staatsanwalt W. a. g. und Angeklagter mitteilte die Rechtsanwältin: G. r. a. f. d. G. a. r. n. i. o. und G. h. i. l. l. e. r. Verhandelt wurde heute gegen den Zimmermeister und Baumeister Edmund W. h. m. e. von hier gegen

Bauverträge

weiter gegen seine Ehefrau, Lina D. h. e., den Kaufmann H. b. o. r. u. und den Agenten K. a. r. l. F. i. s. c. h. e. r., sämtlich von hier, wegen Weisung zum betrügerischen Bauvertr. D. h. m. e. ein Mann von 49 Jahren, betrieb seit dem Jahre 1886 hier ein Zimmergeschäft. Vorher war er Zimmermeister. Als selbständiger Unternehmer war er an den bedeutendsten öffentlichen Neubauten, die im letzten Jahrzehnt in unserer Stadt ausgeführt worden sind, wie Steueramt, Justizgebäude, Universitätsklinik, städtisches Museum auf der Wörburg u. a. mit beteiligt.

Vor etwa neun Jahren trat D. h. m. e. mit dem hiesigen Bauhaus Schöner in Verbindung, sein Konto sei so hoch belaufen im Laufe der Zeit auf 192 000 Mark an. Zweimal nahm er dem Bankier Grundstücke ab, die auf beiden Betrieben (Subjekt) werden sollten. Kamentlich vor Verzeigerung eines etw. zur Hälfte ausgeführten Rohbaues hat der Bankier dringend, ihn doch den Gehallen zu tun, das Grundstück zu übernehmen und den Bau zu Ende zu führen. Nach D. h. m. e. Behauptung soll die Hälfte der Grundstücke, die Bauarbeiten seines Unglücks geworden sein. Er habe in den Rohbau sehr viel Geld stecken müssen, schließlich aber von dem Bankier trotz seines Verwehrens keine Baugelder mehr erhalten.

Am 25. März 1907 weigerte ich das Bankhaus, D. h. m. e. die Miete im Gesamtwert von 5000 Mark einzulösen. In einem Schreiben wurde D. h. m. e. mitgeteilt, sein Konto sei so hoch belaufen, daß die Rückzahlung nicht mehr eintreiben könne. D. h. m. e. machte schriftlich Vorstellungen, die aber ohne Erfolg blieben.

In den folgenden Tagen hat nun D. h. m. e. mehrere Schritte, die nach Eröffnung des Kontroversverfahrens den Verdacht erregten, er habe in Vorauszicht des Kontrovers Vermögensgegenstände versteckt und durch Scheinverträge die Kontroversgläubiger benachteiligen wollen.

Am 27. März 1907 verheiratete D. h. m. e. mit seiner Frau nach 18jähriger Ehe Gütereintritt. Ferner erlangte er in einer Schuldburde an, von seiner Frau ein bares Darlehen in Höhe von 45 000 Mark erhalten zu haben. Diese Forderung seiner Frau ließ er als Hypothek auf sein Grundstück in der Laubenzweige eintragen. Am 2. April verkaufte er es für 127 000 Mark an den Kaufmann H. b. o. r. u. und übernahm außer der Hypothek von 100 000 Mark noch eine frühere von 80 000 Mark. Den Rest des Kaufpreises im Betrage von 20 000 Mark, gab er in bar. Hieron erhielt der Agent K. a. r. l. F. i. s. c. h. e. r., der den Verkauf vermittelt hatte, 1500 Mark. Mit dem Grundstücke verkaufte D. h. m. e. auch noch eine Quantität Bau- und Kuchholzer, die auf dem Hofe und in einem Schuppen lagerten, an W. h. m. e. und D. h. m. e. Der Käufer unternehmer für 306 Mark. Am 4. April gebierte er an W. h. m. e. eine Forderung für Zimmerarbeiten im Werte von 2000 Mark, als Sicherheit für den Preis einer ungeführt gleichwertigen Wägenausstattung, die Gl. b. d. für eine Garage für eine Zeit, für D. h. m. e. noch nicht verbote Leichter geliefert hatte.

Am 6. April verkaufte D. h. m. e. durch einen seiner Leister seinen schmerzlichen Schadelbruch, der ihn für lange Zeit außer Stande warf. Er w. a. g. a. n. a. c. h. i. W. o. h. e. b. e. s. i. n. u. s. l. o. s. Am 25. April beantragte der Bankier die Kontroversurteilung über D. h. m. e. Vermögen.

Die D. h. m. e. Kontroversurteile wird höchstens 15 Prozent ergeben. Das Kontroversverfahren ist noch nicht beendet, da eine ganze Anzahl Prozesse insoweit, als die D. h. m. e. Vermögen notwendig geworden ist. In einem zivilgerichtlichen Urteil des Rammurger Oberlandesgerichts ist die Ansicht ausgesprochen worden, es unterliege für das Gericht nicht dem geringsten Zweifel, daß D. h. m. e. durch die Pflichten und Verträge die Kontroversgläubiger habe benachteiligen und für seine Familie noch retten wollen, was zu retten ist.

D. h. m. e. hatte wegen der dem Schuldgericht, es befreite ganz entschieden, ich irgend eine unethische und unredliche Handlung erlaubt zu haben. Er habe nach der Weigerung des Bankhauses noch keineswegs gestutzt, nimmher vor dem Kontroversverfahren, über das Vorgehen des Bankhauses zuerst erkannt wurde. Das Bankhaus habe ihm durch Scheinverträge erst nur übernahm unentgeltlicher Grundstücke betreibt und ihn dann durch Entziehung des Kredits bitten lassen. Mit seinem Vorgänger in der Laubenzweige habe man es auch schon so gemacht.

Seine Ehefrau behandelte in Uebereinstimmung mit seinen eigenen Angaben, sie habe ihm 6800 Mark mit in die Ehe gebracht. Dieser Betrag habe für ihn als er sich 1896 letztendlich zur Verfügung gestellt mit der Weidung, daß sie an seinem Geschäftsgewinn zur Hälfte teilnehme. Durch neun Hausverträge habe sie einen Gesamtanteil von insgesamt 36 000 Mark erlangt. Ferner habe sie ein halbes Jahr lang ein Materialwarengeschäft in einem der D. h. m. e. Häuser selbständig geleitet und bei dem Verlust 1800 Mark verlor. Endlich habe sie bei dem Bankhaus für ihren Mann Bürgschaft in Höhe von 20 000 Mark geleistet. In Wahrheit habe sich ihr Guthaben bei ihrem Mann also auf mindestens 56 000 Mark belaufen. Daß sie nur eine Hypothek von 45 000 Mark auf ihren Namen habe eintragen lassen, sei deshalb geschehen, weil das Grundstück eine höhere Hypothek nicht mehr habe tragen können.

Geteilt der Anklagebehörde wird bemerkt, daß D. h. m. e. seiner Frau etwas schulde. Sie habe ihrem Mann eigentlich gar nichts in die Ehe gebracht und nach dem Tode ihres Vaters, eines Fleischmeisters in Weiber, nur 400 Mark geerbt. Der Bankier hat D. h. m. e. Vermögen früher in einer Auskunft an die Reichsbank auf 30 000 Mark geschätzt. Seinen Charakter hat er darin als ehrenwert, solid und fleißig bezeichnet.

Der Kaufmann H. b. o. r. u. befragt sehr energisch, daß D. h. m. e. in der Laubenzweige mit dem Gehirne gekauft zu haben. Schon reichlich fünf bis sechs Wochen vor dem 2. April 1907 sei er auf Betreiben des Agenten F. i. s. c. h. e. r. mit D. h. m. e. wegen des Kaufpreises in Verbindung getreten. W. h. m. e. wolle die Rückzahlung der D. h. m. e. habe er ein Wort gemacht, vielmehr für einen sehr fleißigen und wohlhabenden Mann gehalten. Er sei sich seiner Schuld bewußt, im Gegenteil, er sei ja durch den Kauf unglücklich geworden und gedauere zu Grunde gerichtet. Für 3000 Mark habe er noch in das Bankhaus hineingebracht müßten; seit einem halben Jahre haben die Zahlungen leer, das habe er nicht gemacht. D. h. m. e. hat 3000 Mark, 8000 Mark, habe er also bereits an den Kauf verloren und werde noch sehr tief sein müßten, wenn er höchstens 100 000 Mark dafür erhalte.

Der Agent K. a. r. l. F. i. s. c. h. e. r. bestirnt nicht minder entschieden als Gl. b. d., bei dem Hausverkauf Scheibungen beabsichtigt oder bei D. h. m. e. irgendwem vorausgelegt zu haben. Er habe es nicht anders gewiß, als daß D. h. m. e. ein durchaus fleißiger und be-

